

ifa ECP-Monitor

# Die Neuen Nationalismen und die Zukunft der internationalen Kulturbeziehungen Auswärtige Kulturpolitik in einer Zeit politischer Extreme

Helmut K. Anheier und Edward L. Knudsen, mit Sofia Todd-Tombini

ifa ECP Monitor: Die Neuen Nationalismen und die Zukunft der internationalen Kulturbeziehungen



**Hertie School**



Institut für  
Auslandsbeziehungen



## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                     |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Abstract .....</b>                                                               | <b>4</b>  |
| <b>Executive Summary.....</b>                                                       | <b>5</b>  |
| <b>1. Einleitung .....</b>                                                          | <b>7</b>  |
| <b>2. Varianten des Nationalismus und ihre Rolle für auswärtige Kulturpolitiken</b> | <b>10</b> |
| 2.1. Deutschland .....                                                              | 12        |
| 2.2. Frankreich .....                                                               | 13        |
| 2.3. Italien.....                                                                   | 15        |
| 2.4. Polen.....                                                                     | 17        |
| 2.5. Vereinigtes Königreich .....                                                   | 18        |
| 2.6. USA .....                                                                      | 20        |
| 2.7. China .....                                                                    | 21        |
| 2.8. Russland .....                                                                 | 23        |
| 2.9. Türkei.....                                                                    | 25        |
| <b>3. Vergleich und Auswirkungen .....</b>                                          | <b>29</b> |
| <b>4. Deutschland im Fokus.....</b>                                                 | <b>33</b> |
| 4.1. Auswirkungen.....                                                              | 35        |
| 4.2. Empfehlungen .....                                                             | 37        |
| <b>5. Schlussfolgerungen.....</b>                                                   | <b>41</b> |
| <b>Literaturverzeichnis.....</b>                                                    | <b>43</b> |
| <b>Anhang: Protokoll der Veranstaltung.....</b>                                     | <b>49</b> |
| <b>Über die Autor:innen .....</b>                                                   | <b>61</b> |
| <b>Eine Nachricht der Künstlerin.....</b>                                           | <b>62</b> |
| <b>Impressum .....</b>                                                              | <b>63</b> |

## Abstract

Die Autor:innen untersuchen anhand einer Analyse der auswärtigen Kulturpolitik in acht Ländern – Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien, USA, China, Russland und Türkei –, wie sich der zunehmende Nationalismus auf die Rolle der Soft Power auswirkt. Sie stellen die These auf, dass das internationale Umfeld der auswärtigen Kulturpolitik künftig von Nullsummenspielen und unterschiedlichen nationalen Graden des Nationalismus bestimmt sein wird. Während Institutionen in Frankreich weniger geschützt vor nationalistischen Einflüssen seien, biete das „arm’s length“-Prinzip – also die größere Unabhängigkeit der Institutionen internationaler Kulturbeziehungen von staatlichen Stellen – in Großbritannien und Deutschland eine größere Sicherheit. In den USA wiederum diene die Vielfalt der privaten Akteur:innen als Schutzschirm. In China, Russland und der Türkei sei mit einem zunehmenden Einfluss des Nationalismus auf die auswärtige Kulturpolitik zu rechnen. Polen dagegen biete ein gutes Beispiel für institutionellen Widerstand gegen nationalistische Kräfte. Anschließend widmen sich die Autor:innen in einer Fallstudie dem gegenwärtigen politischen Diskurs in Deutschland, indem sie die Standpunkte verschiedener nationalistischer Parteien zur deutschen Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik vergleichen. Abschließend formulieren sie Empfehlungen für Länder wie Deutschland und andere europäische Nationen, darunter die Förderung des „arm’s length“-Prinzips in zentralen Institutionen, eine bessere Koordinierung zwischen Akteur:innen der auswärtigen Kulturpolitik im Inland und innerhalb der EU, eine Abschottung gegen schädliche äußere Einflüsse, die Stärkung antinationalistischer Narrative sowie die proaktive Nutzung vorhandener Stärken und Chancen.

## Executive Summary

Wie wird sich der zunehmende Nationalismus auf die Rolle der Soft Power im internationalen System auswirken? Um dieser Frage nachzugehen, untersuchen die Autor:innen die auswärtige Kulturpolitik von acht Ländern im Kontext eines zunehmenden Nationalismus und stützen sich dabei auf Erkenntnisse aus dem External Cultural Policy Monitor. Untersucht werden signifikante Varianten von Soft Power in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, China, Russland und der Türkei. Als Hauptakteure im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik haben diese Länder gemein, dass sie derzeit unterschiedliche Grade und Formen von Nationalismus erleben. Anhand einer Fallstudie über Deutschland analysieren die Autor:innen die Herausforderungen, die der zunehmende Nationalismus für die Praxis der auswärtigen Kulturpolitik in liberalen Demokratien mit sich bringt, und versuchen, politische Lösungen zur Bewältigung dieser Probleme zu entwickeln.

Die Autor:innen stellen die These auf, dass das internationale Umfeld der künftigen auswärtigen Kulturpolitik zunehmend von Nullsummenspielen und einer seit dem Kalten Krieg nie wieder so offenen und starken Wettbewerbsdynamik geprägt sein wird. Ein solches Umfeld wird durch den Nationalismus befördert und verstärkt. Allerdings ist die tatsächliche innenpolitische Gefahr für liberale Demokratien, die von ihm ausgeht, in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Sie ist deutlich akuter in Frankreich und Italien, wo der Einfluss des Nationalismus auf wichtige Institutionen unmittelbarer ist als im Vereinigten Königreich und Deutschland, wo das „arm's length“-Prinzip einen besseren Schutzschirm gegen nationalistische Übergriffe bietet. In den USA wird der Nationalismus zwar in sehr unterschiedlichen Ausprägungen zu spüren sein, je nachdem welche Seite die zentralen Institutionen kontrolliert, doch durch die Vielzahl der privaten Akteur:innen ist die auswärtige Kulturpolitik besser geschützt als in Europa. In China, Russland und der Türkei werden nationalistische Tendenzen im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik weiter zunehmen und Deutschland und seine Partner vor noch ernstzunehmendere Herausforderungen als in der Vergangenheit zu stellen. Gleichzeitig liefert Polen ein wichtiges Beispiel dafür, wie sich Institutionen der auswärtigen Kulturpolitik gegen den Einfluss nationalistischer Regierungen schützen können.

Die Autor:innen empfehlen, dass sich Deutschland, einschließlich seiner Partner, auf dieses herausfordernde Szenario vorbereitet. Zu diesem Zweck schlagen die Autor:innen Folgendes vor: eine zukunftssichere Gestaltung der Rechtsgrundlagen und Governance-Systeme gegen nationalistische Übergriffe, ein gegenseitiges Lernen und eine stärkere Koordinierung zwischen einschlägigen Mittlerorganisationen und zentralen Akteuren sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene, die Einrichtung von Verteidigungsmechanismen gegen schädliche Einflüsse von außen, z. B. zur Unterstützung von Desinformation und rechtsextremen Parteien, geteilten Wohlstand und ein Narrativ, das dies der Welt vermittelt, welches für Freiheit und die liberale Ordnung steht, den systematischen Ausbau vorhandener programmatischer Stärken und die proaktive Nutzung sich bietender Chancen.



## 1. Einleitung

Auswärtige Kulturpolitik basiert traditionell auf der Überzeugung, dass internationale Kooperationen Vorteile für viele bringen und kulturelle Beziehungen einem gegenseitigen Nutzen dienen können. So betont beispielsweise das Auswärtige Amt, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik solle „die Grundlage für internationalen Austausch und gegenseitiges Verständnis schaffen, auch wenn es politisch einmal schwierig wird“ und „Menschen aus verschiedenen Ländern miteinander vernetzen, um nachhaltige Beziehungen zu ermöglichen“ (Auswärtiges Amt, 2021). Ein solcher Ansatz ist charakteristisch für viele „Soft-Power-Supermächte“, darunter auch China, das sich vor der von Xi Jinping eingeleiteten politischen Kehrtwende der Förderung von „gegenseitigem Respekt, friedlicher Koexistenz und Win-Win-Kooperation“ verschrieben hatte, oder Frankreich mit seinem Konzept einer „*Diplomatie culturelle et d'influence*“, das die französische Kultur verbreiten soll und gleichzeitig auf Vielfalt und gleichberechtigten Austausch setzt (Institut Français, k. D.).

Auch wenn sich Soft-Power-Ansätze in den Kulturbeziehungen noch nie vollständig von den realpolitischen Erfordernissen geopolitischer und geoökonomischer Zielsetzungen trennen ließen, machen diese Aussagen doch die Grundhaltung deutlich, dass eine Stärkung gemeinsamer Werte und Kooperationen zu einem friedlicheren internationalen Umfeld beitragen kann. Diese Haltung passte relativ gut in die als „Ende einer Ära“ empfundene Zeit in den Jahren nach dem Ende des Kalten Kriegs. Und es ist sicherlich kein Zufall, dass in den 1990er- und 2000er-Jahren immer mehr Länder auf die Kraft der Soft Power setzten und begannen, sich ernsthaft mit ihrer auswärtigen Kulturpolitik auseinanderzusetzen (Anheier et al., 2023).

Doch offenbar entfernt sich der aktuelle geopolitische Zeitgeist immer weiter von der früheren, optimistischeren Epoche der internationalen Zusammenarbeit und des Multilateralismus. In immer mehr Ländern nimmt der politische Einfluss nationalistischer Kräfte stetig zu: Von der „MAGA“-Bewegung in den USA über postfaschistische Strömungen in Italien bis hin zum russischen Imperialismus und Chinas Streben nach Wiedergutmachung für sein „Jahrhundert der Erniedrigung“. Ungeachtet der unterschiedlichen Formen und Grade des Nationalismus in den einzelnen Ländern erschüttert das Comeback des Nullsummendenkens und der internationalen Konfrontationspolitik die auswärtige Kulturpolitik in ihren Grundfesten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie wird sich der zunehmende Nationalismus auf die derzeitige Umsetzung der auswärtigen Kulturpolitik auswirken?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, analysieren die Autor:innen die Lage der auswärtigen Kulturpolitik im Kontext eines zunehmenden Nationalismus. Sie stützen sich dabei auf Erkenntnisse aus dem External Cultural Policy Monitor und seinen mehr als 50 Länderberichten und vergleichenden Berichten<sup>1</sup>. Dabei stehen acht Länder im Fokus:

---

<sup>1</sup> Der External Cultural Policy (ECP)-Monitor stellt relevante Informationen über die Maßnahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ausgewählter Länder bereit. Kompakte Länderprofile und Berichte strukturieren quantitative Daten und kontextbezogene Informationen, z. B. über Kultur und Kunst, Sprache, Bildung, Wissenschaft und Forschung oder Medien. Siehe <https://www.ifa.de/forschung/ecp-monitor/> und <https://www.hertie-school.org/en/international-security/research/soft-power>.

Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, USA, China, Russland und die Türkei. Als Hauptakteure im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik und der Soft Power haben diese Länder gemein, dass sie derzeit unterschiedliche Formen und Grade von Nationalismus erleben. Außerdem blicken die Autor:innen auf Polen, das ein wichtiges Beispiel für einen möglichen Umgang mit nationalistischen Strömungen bietet – in diesem Fall vertreten durch die Regierungen der PiS (Recht und Gerechtigkeit) unter Jarosław Kaczyński.

Die Autor:innen beleuchten in mehreren Schritten den tatsächlichen und möglichen Einfluss nationalistischer Kräfte auf die auswärtige Kulturpolitik: Zunächst untersuchen sie die nationalistischen Strömungen in den neun Ländern und deren aktuelle Auswirkungen auf die auswärtige Kulturpolitik. Anschließend vergleichen sie diese Strömungen miteinander und fragen, wie neuartig diese neuen Nationalismen tatsächlich sind. Nach einem näheren Blick auf die Lage in Deutschland beurteilen sie die möglichen Folgen eines zunehmenden Nationalismus für die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik des Landes vor dem Hintergrund möglicher radikaler Umbrüche durch rechtsextreme Nationalisten der Alternative für Deutschland (AfD) und linke Nationalisten des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Abschließend stellen sie die Frage, welche Maßnahmen liberale Demokratien wie Deutschland ergreifen können, um die korrosive Wirkung des Nationalismus im eigenen Land abzufangen und sich gleichzeitig vor den zunehmenden Bemühungen anderer, v.a. auch autoritärer, Länder um die Erlangung und Ausübung von Soft Power zu schützen. Wie jede andere Form der Macht kann Soft Power sowohl für „gute“ Zwecke zum Einsatz kommen, wenn sie weltweit zu Frieden und Verständigung beiträgt, als auch für „schlechte“, also tendenziell unfriedliche, Zwecke, wenn sie nationalistischen, antidemokratischen und rassistischen Zielsetzungen dient oder Teil einer hybriden Kriegsführung ist.



## 2. Varianten des Nationalismus und ihre Rolle auf auswärtige Kulturpolitiken?

Nationalismus als Ideologie erlebt eine Wiederkehr. Diese Entwicklung trägt zu einem angespannten geopolitischen Klima bei und befeuert gleichzeitig nationalistische Strömungen. Um zu verstehen, was dies für die Zukunft der auswärtigen Kulturpolitik bedeutet, ist es sinnvoll, einen Blick auf die Inhalte dieser „neuen Nationalismen“ zu werfen. Die zahlreichen Varianten des Nationalismus beruhen laut Garner (2022) im Wesentlichen auf fünf zentralen ideologischen Überzeugungen. In leicht abgewandelter und verkürzter Form beanspruchen sie die Deutungshoheit über die Weltordnung mit den folgenden Glaubenssätzen:

- Die Welt besteht aus verschiedenen und einzigartigen Nationen.
- Der Nationalstaat ist die eigentliche Quelle der politischen Legitimation.
- Nationale Loyalität steht über allen anderen Loyalitäten.
- Nationen sind Schicksalsgemeinschaften, müssen autonom sein, ihre Traditionen leben und ihrer Kultur Ausdruck verleihen.
- Die Nation ist die Quelle des Fortschritts.

Die Tatsache, dass die Welt diesen Ansprüchen nicht gerecht wird, dient Nationalisten als politische Motivation in ihrem Streben nach einer Wiederherstellung der gewünschten Einheit von Mensch und Staat. In diesem Aspekt ähneln die neuen Nationalismen älteren Ausprägungsformen. Doch im Unterschied zu ihren Vorgängern aus dem 19. Jahrhundert übernehmen sie nicht länger die Rolle eines Motors für den Staatenbau und die Modernisierung, wie Wissenschaftler wie Gellner (1983) und Hobsbawm (1990) behaupten. Sie sind im Wesentlichen rückwärtsgerichtete Instrumente der Macht und der Kontrolle, mit denen eine Vergangenheit zum Leben erweckt werden soll, die es vermutlich so nie gegeben hat, auch wenn sie in der gesellschaftlichen Erinnerung und Vision ihrer Anhänger weiterlebt und Sinnhaftigkeit und Interpretationsrahmen in einer ungeordneten Welt bietet. Der moderne Nationalismus strebt nach einem partiellen Rückzug aus den Vernetzungen einer globalisierten Welt, zu denen er auch das internationale System multilateraler Organisationen zählt, und weist wesentliche Elemente des Merkantilismus und des Isolationismus auf.

Laut Thumann (2020, S. 14-15) neigen die neuen Nationalismen zu einem selbstbewussten Rückblick auf eine vorgestellte Vergangenheit und beinhalten zudem zahlreiche Merkmale, die in unterschiedlichen Abstufungen bereits in alten Formen des Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts zu finden waren, aufgrund ihrer besonderen Konstellation jedoch bei den neueren Formen stärker zum Tragen kommen. Zu diesen Merkmalen formuliert er Thesen, die sich in etwa wie folgt zusammenfassen ließen:

- Die neuen Nationalismen stützen sich auf das Opfer-Narrativ, erkennen die Schuld in den „anderen“ und im „Anderssein“ und spielen sich als selbsternannte Tugendwächter auf.
- Die Anhänger der neuen Nationalismen haben mit den zutiefst patriotischen Nationalisten der Vergangenheit im späten 19. Jahrhundert nicht mehr viel gemein, denn sie bedienen sich vor allem einer Ideologie, um als opportunistische Politiker und Kleptokraten ihre Karriere voranzutreiben und ihre Herrschaft zu festigen.

- Die neuen Nationalismen entfalten aufgrund ihres instrumentellen Charakters nicht mehr dieselbe ideologische Wirkung und Durchschlagskraft.
- Obwohl der Nationalismus ursprünglich eine westliche Ideologie war, hat er sich zum „Exportmodell“ entwickelt, das sich in verschiedenen Szenarien und Umständen instrumentalisieren lässt (z. B. Osteuropa, Türkei, Russland, Indien oder China).

Entsprechend unterscheiden sich die neuen Nationalismen untereinander und von bisherigen Nationalismen in ihrem Grad und ihrer Wirkungsstärke. Die verschiedenen Varianten ergeben sich aus dem Wertesystem, auf dem die Nationalismen beruhen (z. B. religiös, ethnisch, kulturell), und daraus, wer sich die Ideologie unter welchen Umständen (z. B. linke oder rechte Populisten) und zu welchen Zwecken (z. B. inländische Machtkämpfe oder geopolitische Positionierung) zunutze macht. Vor allem in Autokratien kann dies ein breites Spektrum an kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Machtbestrebungen umfassen, die darauf ausgerichtet sind, die liberale Ordnung zu untergraben (Applebaum 2024).

Allerdings gestalten sich diese Strömungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Beispielsweise ist der neue deutsche Nationalismus eindeutig säkular geprägt. Er strebt nach einem neuen Blick auf die Geschichte (durch ein Zurückweisen oder Herunterspielen der deutschen Kriegsschuld, des Holocausts und der zahllosen Gräueltaten), vertritt die Auffassung, dass die Wirtschaftskraft und der Wohlstand Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auf deutsche Werte und Tugenden wie harte Arbeit und Disziplin statt auf strukturelle Faktoren wie eine Unterstützung durch die Alliierten und günstige Handelsbedingungen zurückzuführen waren, und sieht „deutsche Werte“ sowohl durch innere (Multikulturalismus, „woke“ Politiken) als auch äußere Kräfte (z. B. Einwanderung, Globalisierung) bedroht.

Auch der französische Nationalismus ist säkular geprägt – und zwar in einem Maße, dass der Säkularismus selbst einen wesentlichen Teil seiner Identität ausmacht. Der französische Ansatz beruht auf tief verwurzelten republikanischen Idealen, die angeblich durch Migrant:innen und den Islam gefährdet werden. Beim Nationalismus italienischer Prägung, der ähnlich einwanderungsfeindlich ist, geht es dagegen vor allem um sozialkonservative katholische Werte und die Weigerung, die faschistische Vergangenheit Italiens zu verurteilen. Auch der polnische Nationalismus ist tief im Katholizismus und im Opferdenken verwurzelt. Der übertriebene Patriotismus und die Sehnsucht nach der eigenen imperialen Vergangenheit sind wichtige Triebkräfte des britischen Nationalismus, der mit seinen europäischen Nachbarn eine ähnlich einwanderungsfeindliche Haltung teilt. Im amerikanischen Imperialismus geht es dagegen vor allem um die Verbreitung einer zutiefst ideologischen Lesart des (insbesondere evangelikalen) Christentums und um das Bedürfnis, die amerikanische Vorherrschaft und die weiße ethnische Identität (wieder) zu erlangen. Der ebenfalls stark religiös geprägte russische Nationalismus zielt darauf ab, zum Ruhm der ehemaligen imperialen Größe zurückzukehren, einer Größe, die zu Unrecht durch die „westliche Dekadenz“ und die unheilvollen geopolitischen Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion gemindert wurde. Kränkungen der Vergangenheit befeuern auch den chinesischen Nationalismus, bei dem es sowohl um innerstaatliche Kontrolle als auch um die Wiederherstellung des „Reichs der Mitte“ als rechtmäßige Weltmacht an der Seite der USA geht. Der Nationalismus in der Türkei ist zunehmend religiös geprägt, beruft sich ebenfalls auf vergangene Kränkungen, strebt nach Respekt als regionale Großmacht und nutzt den Nationalismus zur politischen Kontrolle im Inland.

Neben Unterschieden bei den historischen Narrativen, religiösen Bezügen und politischen Ideologien (rechtsgerichtet, linksgerichtet) sowie den geopolitischen Positionierungen schlagen sich die besonderen Formen des Nationalismus in den einzelnen Ländern auch in den unterschiedlichen Strategien im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik nieder. Darauf soll im Folgenden näher eingegangen werden – mit besonderem Fokus auf den politischen Positionen, die von den wichtigsten nationalistischen Parteien oder politischen Bewegungen in den einzelnen Ländern vertreten werden.

## 2.1. Deutschland

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die Alternative für Deutschland (AfD) von einer Partei mit wirtschaftskonservativem Schwerpunkt zu einer einwanderungs- und islamfeindlichen Partei entwickelt, die für eine Wiederbelebung des Nationalstolzes und der nationalen Identität in Deutschland kämpft. Die AfD hat mehrere Strategiepapiere zur Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik veröffentlicht, darunter vor allem ein Positionspapier von 2024, das sich wie eine Wunschliste rechtsgerichteter Kulturkrieger liest: Darin spricht sich die Partei gegen die Verwendung gendergerechter Sprache in Schulen im Ausland und für eine stärkere Vermittlung „deutscher“ Kultur durch das Goethe-Institut und gegen dekoloniale Aktionen wie die Rückführung von Kulturgütern, beispielsweise die berühmten Benin-Bronzen, aus (AfD, 2024). Matthias Moosdorf, AfD-Vertreter im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags, verwehrt sich in diesem Papier und in mehreren Interviews gegen den Begriff der deutschen und europäischen historischen Schuld und schlägt stattdessen vor, dass sich die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik auch mit den positiven Aspekten des Kolonialismus auseinandersetzt (Moosdorf, 2023).

Dies widerspricht dem breiten Konsens über die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik, der lange Zeit in politischen Kreisen in Deutschland vorherrschte, und dem Vorgehen der einzelnen Regierungen, die das Spektrum der Maßnahmen und die entsprechenden Ressourcen in diesem Bereich mit der Zeit immer weiter ausgebaut haben. Zu den wichtigsten Zielen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik in Deutschland gehört die Förderung der deutschen Sprache und Kultur im Ausland, der Aufbau von Vertrauen und die Vermittlung eines differenzierten Bilds von Deutschland, um freundschaftliche Beziehungen mit anderen Ländern zu unterstützen. Dies beinhaltete vor allem auch die Schaffung „vorpoltischer“ Räume für Dialog und Verständigung zur Förderung offener Gesellschaften und insbesondere zur Unterstützung von Menschenrechten, Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft durch Institutionen, die nach dem „arm's length“-Prinzip arbeiten und sich trotz einer staatlichen Finanzierung nicht unter unmittelbarer politischer Kontrolle befinden. In der Praxis waren diese Ziele häufig eng mit der Entwicklung und dem Ausbau von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen verknüpft (Sokolowska 2013).

Die Zunahme der geopolitischen Spannungen, die durch den russischen Einmarsch ausgelöste Energiekrise 2022, der Konjunkturrückgang und der öffentliche Sparzwang führten zu einer größeren Unsicherheit in der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik Deutschlands. Dies

hatte auch Haushaltskürzungen zur Folge, die zwar bisher noch gering waren, im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung programmatischer und regionaler Prioritäten sowie angesichts einer angespannten öffentlichen Haushaltslage künftig allerdings deutlich spürbarer ausfallen könnten. In diesem Kontext bringen die ideologischen Spaltungen durch AfD und BSW zusätzliche Unsicherheit in die bereits ungewisse finanzielle und geopolitische Entwicklung, mit denen die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik in Deutschland in den letzten Jahren konfrontiert war.

Allerdings sind mit dem traditionellen „arm’s length“-Prinzip im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik, in dem Mittlerorganisationen eine zentrale Rolle einnehmen, in Zeiten politischer Herausforderungen auch Vorteile verbunden. Aufgrund der weitreichenden Unabhängigkeit dieser Organisationen lassen sie sich – zumindest kurzfristig – nur schwer durch politische Parteien kontrollieren und instrumentalisieren. Darüber hinaus gehört das deutsche Modell der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik mit seinen zahlreichen staatlichen und privaten Akteuren zu den am stärksten dezentralisierten Systemen aller großen Soft-Power-Staaten (Knudsen & Markovic, 2021). Die damit verbundenen Koordinierungsprobleme zwischen den vielen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in diesem Bereich können jedoch, insbesondere bei der strategischen Planung und Abstimmung, auch Nachteile bringen. Derartige Probleme können eine kurzfristige strategische Neuausrichtung zwar behindern, gleichzeitig aber auch die deutsche Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik vor dem Einfluss rechtsextremer und linksextremer politischer Strömungen abschotten.

Entsprechend ließen sich die in den AfD-Positionen zur Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik angeschlagenen nationalistischen Töne und die vom BSW vertretene prorussische und antiamerikanische Haltung nur schwer durchsetzen – selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass diese Parteien Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernehmen. Die größere Gefahr einer nationalistischen Einflussnahme auf die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik geht von den etablierten Parteien aus, die in ihrem Bestreben, dem Anstieg extremistischer Kräfte etwas entgegenzusetzen, deren Rhetorik und Inhalte zum Teil – implizit oder explizit – übernehmen könnten. Das Thema Einwanderung ist dafür ein perfektes Beispiel. Eine solche Entwicklung hätte nicht nur eine Erosion des derzeitigen Modells der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik zur Folge. Sie könnte auch Partnerländer beunruhigen, die sich an den zurückhaltenden und auf Vorteile für beide Seiten bedachten Soft-Power-Ansatz Deutschlands gewöhnt haben, und auf diese Weise viele Errungenschaften der Vergangenheit in Frage stellen.

## 2.2. Frankreich

Die *Rassemblement National* (im Folgenden RN), die größte der beiden neo-nationalistischen Parteien neben der linksgerichteten *La France Insoumise*, gewinnt seit einiger Zeit zunehmend an Einfluss auf der politischen Bühne. Die Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahlen 2024, bei denen sich der RN gegenüber dem Ausgang der vorangegangenen Wahlen 50 zusätzliche Sitze in der Nationalversammlung sichern konnte, sind ein klares Zeichen für diesen Aufwärtstrend.

Der RN ging aus dem *Front National* hervor, der in den 1970er-Jahren gegründet wurde, um rechtsextreme Gegenreaktionen auf die 1968er-Bewegung und die wachsende Einwanderung aus dem Maghreb politisch zu legitimieren (Cremer, 2023). In jüngster Zeit hat sich die Partei von allzu extremistischen Positionen distanziert. An der Speerspitze dieser Strategie steht die zweifache Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen, die neben der strategischen Namensänderung auch den Ausschluss mehrerer ideologischer Unruhestifter angeordnet hat, darunter ihr Vater, Parteigründer Jean-Marie Le Pen. Nichtsdestotrotz bietet der RN nach wie vor ein Paradebeispiel für Europas neuen Nationalismus: Im Mittelpunkt seines Parteiprogramms steht der Schutz der französischen Kultur und Wirtschaft. Gleichzeitig wird der Partei in unzähligen Fällen vorgeworfen, einwanderungsfeindliche Stimmung, Islamophobie und Antisemitismus zu schüren.

Aktuell verfügt Frankreich über ein gut funktionierendes Netz der auswärtigen Kulturpolitik. Eine der Hauptsäulen der französischen Außenpolitik ist die *“diplomatie culturelle”*, deren Maßnahmen über eine große geografische Reichweite verfügen und vornehmlich auf die Förderung der französischen Sprache und Kultur ausgerichtet sind. Die französische Vorstellung von der *„exception culturelle“* (kulturellen Ausnahme) – die besagt, dass sich Kunst und Kultur in ihrem Wesen von anderen Politikbereichen unterscheiden und daher einen besondere Investitions- und Schutzbedarf haben (Perrin et al., 2016) – reicht von der nationalen Kulturpolitik bis in die Außenpolitik und die internationalen Handelsbeziehungen.

Das aktuelle Modell fördert darüber hinaus einen gleichberechtigten Zugang zu Kultur und die Anerkennung unterschiedlicher künstlerischer Strömungen, was sich mit den beiden Begriffen „Demokratisierung von Kultur“ und „kulturelle Demokratie“ zusammenfassen lässt (Perrin & Delvainquière, 2023). Diese Prinzipien dienen dem Ministerium für Kultur als strategischer Leitfaden und tragen zu mehr Vielfalt im kulturellen Schaffen Frankreichs bei, indem sie urbane künstlerische Ausdrucksformen und Kunstschaaffende mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, beispielsweise aus anderen französischsprachigen Ländern, unterstützen. Der von der amtierenden Regierung eingeführte „Kulturpass“, mit dem Jugendliche einen Gutschein für Kulturangebote erhalten, ist ein weiteres Element dieser auf Inklusion ausgerichteten Kulturpolitik (Ministère de la Culture, 2022).

Auch der RN ist sich der Bedeutung einer ausschließlich genutzten Frankophonie bewusst. Allerdings beschränken sich seine Vorschläge für einen Erhalt des Netzwerks im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit offenbar darauf, ein Ministerium für die überseeischen Gebiete einzurichten, um den Einfluss des Mutterlands zu stärken. Seine Strategievorschläge drehen sich vor allem darum, die Einwanderung zu beschränken, die Bedingungen für eine Familienzusammenführung anzupassen und Sozialleistungen nur an französische Staatsbürger:innen zu vergeben. Die Partei setzt sich nach eigenen Angaben für einen Kampf gegen „islamistisches Gedankengut“ ein und legt in ihrer politischen Strategie besonderen Wert auf einen Erhalt der „französischen Zivilisation“ (RN, 2024) als Markenzeichen für ihren Kulturnationalismus.

Das Parteiprogramm geht kaum auf die Förderung von Kunst und Kultur ein, enthält dafür aber einen ganzen Abschnitt zum Schutz des Kulturerbes. Mit Erbe ist hier im engeren Sinne das

physische Erbe gemeint, also Gebäude, Landschaften und historische Stätten, die als „Paradebeispiel für die französische Zivilisation“ bezeichnet werden (RN, k. D., S. 5). Vorgeschlagene Maßnahmen umfassen Steuerkürzungen für Eigentümer und Bildungsprogramme für die Jugend. Der RN schlägt zudem die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Medien in Frankreich, einschließlich ihrer Auslandssender, vor (RN, 2024, S. 18).

Sollte der RN an die Macht kommen, besteht die Möglichkeit, dass zahlreiche nationale Politiken zur Förderung von Kunst und Kultur mit einem Fokus auf multikulturellen Ausdrucksformen zurückgenommen werden. Im Vordergrund stehen würde dann vermutlich ein Verständnis von Kunst und Kultur, das im engeren Sinne die schönen Künste, die traditionelle französische Kultur und den Schutz des Kulturerbes umfasst. Der protektionistische Ansatz der „kulturellen Ausnahme“ wird sicherlich fortbestehen, allerdings wird es vermutlich weniger Raum für kulturelle Ausdrucksformen außerhalb der Perspektive der „französischen Zivilisation“ geben. Anders ausgedrückt wird das Fundament der „kulturellen Demokratie“ geschwächt, das eine Vielfalt kultureller Schaffensformen beinhaltet.

Auch wenn die französischen Akteure der auswärtigen Kulturpolitik – wie die *Alliance Française* – ein hohes Maß an politischer Unabhängigkeit genießen, ist nicht klar, ob sie diese Unabhängigkeit auf Dauer gegen eine nationalistische Regierung verteidigen können. Einwanderungsfeindliche und rassistische Positionen werden sich nicht mit den Maßnahmen der ECP-Akteure zur Förderung kultureller Vielfalt vereinbaren lassen. Vermutlich wird es auch weniger Interesse an einer europäischen Zusammenarbeit im Bereich Kunst und Kultur geben.

### 2.3. Italien

Mit dem Sieg der Mitte-Rechts-Koalition bei den italienischen Parlamentswahlen des Jahres 2022 wurde die Vorsitzende der Partei *Fratelli d'Italia* (im Folgenden FdI), Giorgia Meloni, nicht nur zur ersten Ministerpräsidentin des Landes gewählt. Sie ist derzeit auch die mächtigste Vertreterin der europäischen Neonationalisten und führt die rechtsextremste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg an. Tatsächlich haben die FdI ihren Ursprung im Nachkriegsfaschismus der späten 1940er-Jahre, durch den Rechtsextreme und Faschismus-Sympathisanten nach dem Tod Mussolinis politische Legitimation erhielten. Meloni hat sich bemüht, ihre aktuelle Regierung von der faschistischen Vergangenheit der FdI zu distanzieren, wie es auch Marine Le Pen mit der Umbenennung der RN in Frankreich versucht hat. Ihre Regierung steht für eine konventionellere Lesart des rechten Gedankenguts in Europa (Lowen, 2024), wenn sie beispielsweise den Schwerpunkt auf eine Beschränkung der Einwanderung legt, anstatt eine umfassende Remigration zu fordern, und durch die Stärkung religiöser und familiärer Werte eine Umkehr bei den niedrigen und sinkenden Geburtenraten erzielen will.

Darüber hinaus ist die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit – insbesondere angesichts der engen Verknüpfung des Landes mit der EU und seiner hohen Staatsverschuldung – vermutlich einer der Gründe, warum die Partei zumindest zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin auf eine gemäßigtere politische Linie setzt. Nichtsdestotrotz ist die Partei nach wie vor fest im religiösen Konservatismus und Nationalismus verhaftet, wie ihr Slogan „Gott, Heimat, Familie“ deutlich macht. Trotz der gemäßigten Linie seit der Machtübernahme bietet Melonis Regierung

ein Paradebeispiel für den europäischen Neonationalismus: Die Partei hat ihre Verbindungen zum italienischen Faschismus nicht vollständig gelöst und ist offenbar auch nicht bereit, gegen offen faschistische Bewegungen wie die *Forza Nuova* vorzugehen. Im Mai 2024 machte Meloni in einer Erklärung deutlich, dass sie eine mögliche Zusammenarbeit mit rechtsextremen Akteuren auf europäischer Ebene nicht ausschließt (Roberts, 2024).

Im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik verfügt Italien über einflussreiche Institutionen, die zum Teil bereits von Mussolini ins Leben gerufen wurden. Die ersten Italienischen Kulturinstitute (Istituti Italiani di Cultura, IIC) wurden 1926 gegründet (Markovic & Winkler, 2021). Tatsächlich haben sich Nationalisten über kulturpolitisches Engagement lange Zeit politische Unterstützung im In- und Ausland gesichert. Melonis Regierung scheint sich der Bedeutung von Kultur und Kommunikation für die öffentliche Meinungsbildung bewusst zu sein, wie die Einmischung der Regierung in die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft zeigt. Die staatliche Rundfunkgesellschaft Italiens (RAI) geriert sich zunehmend als Sprachrohr für die Regierung und hat einen Teil ihrer Unabhängigkeit verloren, was zu Protesten von Journalist:innen geführt hat (Giuffrida, 2024). Dafür muss man wissen, dass sich die Inlands- und Auslandsprogramme der RAI überschneiden. Beispielsweise wird der wichtigste Nachrichtensender TG1 auch auf zahlreichen internationalen Kanälen ausgestrahlt. Die Rolle von TG1 führte zu Kontroversen, als ein von Meloni unterstützter Außenseiter in der obersten Führungsriege positioniert wurde (Castigliani, 2024; Spaziante, 2023). Es ist also davon auszugehen, dass die Regierung ebenfalls Einfluss auf den Auslandssender der RAI nehmen wird.

Die Spannungen zwischen den Kultureinrichtungen und der Regierung nahmen zu, als die FdI damit begann, einflussreiche Positionen bei den zentralen Kulturorganen mit eigenen Vertreter:innen zu besetzen (Oltermann, 2023). Auch die bereits erwähnten Auseinandersetzungen über die staatlichen Rundfunkanstalten trugen zu diesen Spannungen bei. Darüber hinaus fördert die Regierung offenbar bevorzugt eine Form der Kultur, die sich an konservativen religiösen Ideologien orientiert. So zum Beispiel eine große Wanderausstellung zum Werk J. R. R. Tolkiens, die durch das Land getourt ist, um Werte wie christlichen Glauben, Schönheit und Reinheit zu propagieren (Oltermann, 2023; Pecqueur, 2024). Aus internationalerer Perspektive wurde der rechtsgerichtete Journalist Pietrangelo Buttafuoco zum Präsidenten der Biennale von Venedig ernannt – einer der einflussreichsten Kunstaussstellungen der Welt. Seine Ernennung wurde von den FdI unterstützt (Oltermann & Tondo, 2023). Auf der Frankfurter Buchmesse 2024 kam es zu einer ähnlichen Kontroverse, als der einflussreiche Schriftsteller Roberto Saviano, ein erklärter Kritiker der Meloni-Regierung, aus der offiziellen Autor:innen-Delegation ausgeschlossen wurde, die Italien auf der Messe vertreten sollte. Viele seiner Kolleg:innen betrachteten diesen Ausschluss als eine Form der Zensur und zogen aus Protest ihre Teilnahme an der Buchmesse zurück (Oltermann, 2024).

Es ist damit zu rechnen, dass die Meloni-Regierung eine solche Instrumentalisierung der Kultur auch auf ihr außenpolitisches Engagement ausweiten wird. Die Regierungschefin hat ihr Interesse bekundet, die Rolle einer Gallionsfigur für die Rechte in Europa zu übernehmen und Koalitionen mit anderen, politisch ähnlich gelagerten Parteien mit Italien an der Spitze zu bilden. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, dass Meloni versuchen wird, die Italienischen

Kulturinstitute an ihrer eigenen politischen Linie auszurichten. Ein solches Vorgehen hat sie bereits im Falle der RAI unter Beweis gestellt.

Das Kulturprogramm der FdI von 2022 hebt „Cancel Culture und Bildersturm“ als die größten Gefahren für die religiösen Traditionen und die Identität Italiens hervor und kündigt die Förderung eines „neuen italienischen Narrativs“ an, beispielsweise indem italienische Errungenschaften und Erfolge u. a. in schulischen Lehrplänen stärker betont werden (FdI, k. D.). Auch wenn dies zunächst nur Ankündigungen und keine politischen Strategien sind, sind sie doch ein Beleg für die starken nationalistischen Überzeugungen der FdI, die Widerspruch und Kritik nicht nur als Angriff auf die eigene Partei, sondern auf Italien als Ganzes werten. Diese Form einer Militarisierung der Kulturpolitik kann für all diejenigen, die sich ihr widersetzen, schwerwiegende Folgen haben, denn sie verstärkt einwanderungsfeindliche und rassistische Gesinnungen und begünstigt die Entstehung politischer Bewegungen, die sich noch weiter rechts als die Meloni-Partei positionieren.

## 2.4. Polen

Die letzten Wahlergebnisse in Polen zeigen, dass der Aufstieg nationalistischer Kräfte in der Politik nicht unaufhaltsam ist – oder zumindest vorübergehend gestoppt werden kann. Acht Jahre (2015-2023) hat die rechtsextreme Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* oder PiS) die Regierung gestellt und in dieser Zeit die demokratischen Institutionen des Landes immer weiter geschwächt. Besonders davon betroffen waren Medien, Justiz, Lokalverwaltung und Zivilgesellschaft. Dies hatte auch Auswirkungen auf die auswärtige Kulturpolitik, denn die Regierung ergriff mehrere repressive politische Maßnahmen, um die Unabhängigkeit der Institutionen zu schwächen und stärker unter die Kontrolle der PiS zu stellen. Diese Maßnahmen sind im In- und Ausland auf scharfe Kritik gestoßen, und trotz gewisser Verbesserungen im Anschluss an den Wahlsieg einer von Donald Tusk geführten Koalition der Mitte im Jahr 2023 lassen sich die Schäden dieser nationalistischen Politiken nicht von einem Tag auf den anderen wiedergutmachen.

Polens Einrichtungen der auswärtigen Kulturpolitik sind nicht besonders alt. Dies ist einer der Gründe, warum die auswärtige Kulturpolitik Polens recht anfällig gegenüber nationalistischen Gefährdungen ist. Das polnische Kulturministerium hat erst 1999 ein Programm zur Förderung der polnischen Kultur im Ausland ins Leben gerufen. Nichtsdestotrotz hat sich das Land innerhalb kurzer Zeit einen soliden Ruf als stabiler und wirtschaftlich erfolgreicher postkommunistischer Staat erarbeitet. In der ersten Übergangszeit und vor Polens EU-Beitritt 2004 wurde diese Entwicklung auch durch EU-Finanzhilfen gestützt. Neben umfangreichen EU-Mitteln beförderte auch die große polnische Diasporagemeinschaft die Internationalisierung der polnischen Kulturbeziehungen, zu der außerdem zahlreiche Kulturikonen der polnischen Geschichte wie Maria Skłodowska-Curie, Mikolaj Kopernik, Fryderyk Chopin, die Nobelpreisgewinnerin Olga Nawoja Tokarczuk oder politische Persönlichkeiten wie Lech Wałęsa einen wesentlichen Beitrag leisteten. In der Zeit zwischen 2000 und 2015 waren wirtschaftliches Wachstum und auswärtige Kulturpolitik eng miteinander verknüpft, und mit der Idee des „Polska Brand“ wurden beide miteinander kombiniert.

Angesichts der traumatischen Geschichte des Landes wurde die innere und äußere Sicht auf Polen lange Zeit von nationalen Verletzungen und Traumata bestimmt. Doch die PiS-Regierung hat diese Narrative auf ein neues Level gehoben und für politische Ziele instrumentalisiert, indem sie Nachbarstaaten scharf kritisiert und die Stimmung im Land für innenpolitische Zwecke aufgeheizt hat. In Zukunft muss sich die auswärtige Kulturpolitik sowohl ihrer Geschichte als auch aktuellen und gegenwärtigen kulturellen Strömungen zuwenden. Nur so lässt sich die polnische Politik im Bereich des Kulturerbes und der Erinnerungskultur mit einer modernen auswärtigen Kulturpolitik in Einklang bringen – was jedoch durch ein erneutes Erstarken der PiS und anderer nationalistischer Kräfte gefährdet werden könnte.

## 2.5. Vereinigtes Königreich

Das Wiederaufflammen des Nationalismus hat in Großbritannien im Vergleich zu Kontinentaleuropa eine andere Form angenommen, was vor allem auf das britische Mehrheitswahlrecht („First-Past-The-Post“) zurückzuführen ist, das Randparteien wie der United Kingdom Independence Party (UKIP), der Brexit Party oder der Reform Party den Einzug ins Parlament erschwert. Entsprechend konnten sich rechtsextreme politische Positionen in Großbritannien nicht über einen nennenswerten Stimmenzuwachs einzelner rechtsgerichteter Parteien im britischen Unterhaus, sondern mehrheitlich über die Mitte-rechts anzusiedelnde Konservative Partei einen Weg ins Parlament bahnen. Die Entscheidung über den Austritt aus der Europäischen Union im Anschluss an das Referendum 2016 ist das bekannteste Beispiel für diesen Trend, doch der Einfluss der Rechten auf das politische Leben hat sich auch in einigen Bereichen der auswärtigen Kulturpolitik bemerkbar gemacht, beispielsweise bei den Auslandsmedien und in der internationalen Bildung.

Obwohl die Reform Party deutlich weniger Sitze erhalten hat, als ihr angesichts ihres Stimmanteils in einem Verhältniswahlssystem zugestanden hätten (lediglich fünf der 650 Sitze bei einem Anteil von 14,3 % der abgegebenen Stimmen), vertritt sie in der politischen Debatte einige einflussreiche Positionen. Auf ihrer Website plädiert sie beispielsweise dafür, die Zahl der Angehörigen, die ausländische Studierende begleiten dürfen, zu begrenzen, und die Gebührenfinanzierung der BBC zu beenden. Beide Positionen haben auch die Tories in ihrer Regierungszeit unterstützt (Reform UK, 2024).

Obwohl die britische Kulturdiplomatie eine lange Tradition hat und hohes Ansehen genießt, hatte die auswärtige Kulturpolitik des Landes in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit heftigem Gegenwind zu kämpfen, insbesondere seit der weltweiten Finanzkrise 2007-2008 und dem Brexit-Referendum 2016. Im Kontext eines allgemeinen öffentlichen Sparzwangs setzten die beiden letzten konservativen Regierungen vorrangig auf Kostensenkungen, was eine größere finanzielle Eigenständigkeit der betroffenen Institutionen zur Folge hatte, insbesondere beim British Council und bei der BBC. Gleichzeitig trieben sie eine engere strategische Einbindung dieser Institutionen in das britische Außenministerium (Foreign, Commonwealth and Development Office, FCDO) voran.

Die britische Rechte setzt in ihrem außenkulturpolitischen Ansatz nicht auf eine reine geopolitische Instrumentalisierung. Stattdessen konzentriert sie sich offenbar darauf, die auswärtige Kulturpolitik eng mit der Wirtschaftspolitik zu verknüpfen (Knudsen, 2021b). Tatsächlich haben die einzelnen Tory-Regierungen nach ihrem Wahlsieg 2009 offenbar keinerlei Widerspruch zwischen Kulturförderung und Wirtschaftsinteressen gesehen. Die auswärtige Kulturpolitik Großbritanniens soll vor allem wirtschaftlichen Mehrwert bringen und auf diese Weise zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand beitragen. Dafür ist die „GREAT Campaign“ ein Paradebeispiel. Obwohl britische Kultureinrichtungen auch heute noch in vielen Bereichen ausgesprochen einflussreich sind, stehen die Einrichtungen der auswärtigen Kulturpolitik wegen politischer Spannungen im Verlauf vergangener Tory-Regierungen und anhaltender Finanzierungslücken unter erheblichem Druck.

Allerdings hat sich die kürzlich gewählte Labour-Regierung für die Einrichtung eines „Soft Power Council“ (bisher gibt es noch keinen offiziellen Namen) ausgesprochen, in dem sich führende Vertreter:innen aus Kunst, Kultur, Kreativwirtschaft und Wissenschaft gemeinsam für nationale Interessen einsetzen (Lammy, 2024), was vermuten lässt, dass Großbritannien eine leichte Kursanpassung von wirtschaftlichen hin zu politischen Beweggründen vornehmen wird. Allerdings hat Labour auch auf die Notwendigkeit verwiesen, die britische Wirtschaft anzukurbeln, was darauf hindeutet, dass sich die zentralen Grundsätze der britischen auswärtigen Kulturpolitik vermutlich kaum ändern werden (Labour Party, 2024).

Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass rechtsextreme Kräfte in nächster Zeit die Regierung übernehmen, können sie die auswärtige Kulturpolitik Großbritanniens dennoch beeinflussen, indem sie Druck auf die etablierten Parteien ausüben und auf das internationale Ansehen des Landes einwirken. So trug beispielsweise der politische Druck der UKIP zur Entscheidung des konservativen Premierministers (und Brexit-Gegners) David Cameron bei, 2016 ein Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union durchzuführen. Was das internationale Ansehen anbelangt, haben die rassistischen Ausschreitungen von 2024 im Vereinigten Königreich – und die umfassende internationale Berichterstattung über dieses Thema – gezeigt, wie einflussreich eine relativ kleine Gruppe Radikaler sein kann. Eine einwanderungsfeindliche Stimmung steht außerdem im direkten Widerspruch zum Modell der staatlichen Hochschulfinanzierung, das in großem Maße auf internationale Studierende aus dem Globalen Süden angewiesen ist, da die Zahl der Studierenden aus der EU nach dem Brexit deutlich zurückgegangen ist. Zudem lassen Haushaltskürzungen und eine zumindest vorübergehend stärkere Abgrenzung von Europa nach dem Brexit an der Vision eines „Global Britain“ zweifeln, auch wenn es gewisse Hinweise der Labour-Partei auf eine Neuausrichtung der britischen Soft Power gegeben hat.

## 2.6. USA

In den USA spielt die auswärtige Kulturpolitik im Vergleich zu anderen außenpolitischen Bereichen offenbar eine untergeordnete Rolle. Dies hat zum einem mit dem amerikanischen Verständnis von Kunst und Kultur zu tun, die dort mehr als Produkt eines individuellen Schaffensdrangs betrachtet werden und weniger als Ausdruck des nationalen Prestiges und nationaler Bemühungen (Knudsen, 2024). Die US-Bundesregierung sieht es in weiten Teilen nicht als ihre Aufgabe, eine nationale Hochkultur über Steuergelder zu fördern – eine Einstellung, die sich in der auswärtigen Kulturpolitik widerspiegelt. In der aktuellen auswärtigen Kulturpolitik der USA finden sich zahlreiche Narrative aus der Zeit des Kalten Krieges über „Freiheit“ und die „freie Welt“. Dieser Ansatz einer vergleichsweise geringen Einflussnahme im Falle der USA in weiten Teilen als wirksam erwiesen, da amerikanische Massenkultur und Lifestyle weltweit enorm einflussreich sind, obwohl sie keine nennenswerte staatliche Förderung erhalten. Beispiele sind die Musik- und Filmindustrie mit ihrem starken Exportaufkommen sowie Massenmedien im Allgemeinen und die starke Präsenz der USA in den sozialen Medien. Zudem erfreut sich das ausgedehnte und angesehene Hochschulsystem des Landes wie kein anderes einer großen internationalen Beliebtheit.

Der Aufstieg der Rechten – insbesondere unter Federführung von Trumps Bewegung „Make America Great Again“ (MAGA) – hat viele zentrale Bereiche der US-Außenpolitik im Kern erschüttert, insbesondere die Förderung des Freihandels, das Engagement in traditionellen Bündnissen und die Zustimmung zu einer kontrollierten Einwanderung. Diese Umbrüche machen sich auch in der auswärtigen Kulturpolitik bemerkbar, wenn beispielsweise versucht wird, Auslandsmedien zu politisieren. Trotzdem waren insgesamt keine nennenswerten Auswirkungen auf die Soft Power in den USA zu beobachten – was sich während einer zweiten Amtszeit von Trump allerdings ändern könnte. Ein Grund dafür ist die luxuriöse Position der USA: Denn gerade weil sich das Land auf das enorme Prestige seiner privaten Kultur- und Bildungsangebote und die zentrale Bedeutung der englischen Sprache verlassen kann, ist es weitaus unabhängiger von spezifischen politischen Strategien als andere Länder.

Vor der ersten Amtszeit von Trump war die auswärtige Kulturpolitik der USA auf zwei wesentliche Zielsetzungen – und damit auf zwei Weltregionen – ausgerichtet: Die Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus, insbesondere in der muslimischen Welt, und die Eindämmung des wachsenden russischen Einflusses in Europa und Zentralasien. Heute gilt China als wichtigster ideologischer Gegenspieler der USA. Mit seinem Engagement im globalen Süden (das sich nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Israel und der Hamas als besonders schwierig erweist) will das Land dem Einfluss Chinas entgegenwirken.

Allerdings ist mit einem politischen Richtungswechsel im Zuge der MAGA-Bewegung zu rechnen. Das rechtsextreme Lager in den USA plant eine Doppelstrategie im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik, die für einige Behörden Kürzungen vorsieht, während andere ausdrücklich instrumentalisiert werden sollen. Gemäß einer langfristigen Zielsetzung der Republikaner soll im Rahmen von Project 2025 (das der zweiten Trump-Regierung vermutlich als Strategiepapier dienen wird) die Finanzierung der öffentlichen US-Rundfunkanstalt Corporation for Public Broadcasting eingestellt werden (Namdar, 2023, S. 235). Das Papier

begründet diesen Schritt mit einer angeblichen politischen Voreingenommenheit der Anstalt, äußert sich allerdings nicht weiter zu den möglichen Auswirkungen auf die internationalen Reputation der USA.

Im Bereich der globalen Medienlandschaft will Project 2025 die US Agency for Global Media (USAGM) nicht vollständig abschaffen, sondern auf Kurs bringen und für geopolitische Zwecke instrumentalisieren. In einem eigens dieser Organisation gewidmeten Kapitel beklagt das Papier das Fehlen klarer Weisungs- und Kommunikationsstrukturen zwischen der USAGM und einer zuständigen Stelle im Nationalen Sicherheitsrat (Namdar, 2023, S. 244). Ferner seien Präsident Trumps Bemühungen um eine stärkere politische Kontrolle zwar zu begrüßen, allerdings nur unvollständig umgesetzt worden, und die USAGM müsse sich darauf konzentrieren, anti-amerikanischen Narrativen im Ausland entgegenzuwirken.

Dies stimmt mit der grundsätzlichen Strategie von Project 2025 im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik überein<sup>2</sup>. Beispielsweise wird im Kapitel zum US-Außenministerium ein spürbares Engagement im Bereich der Public Diplomacy als Reaktion auf chinesische Einflusskampagnen gefordert (Skinner, 2023, S. 186). Im Kontext der internationalen Bildung plädiert das Papier dafür, das Konzept der Einwanderungsbeschränkung auszuweiten und keine oder deutlich weniger Visa an ausländische Studierende aus verfeindeten Staaten zu vergeben (Cuccinelli, 2023, p. 141).

Angesichts der Beschaffenheit des politischen Systems der USA ist es wahrscheinlich, dass einige dieser Strategien umgesetzt werden, wenn Trump im Januar 2025 erneut die Präsidentschaft übernimmt. Ihre Umsetzung ist umso wahrscheinlicher, da für viele dieser Entscheidungen die Exekutive zuständig und kein Kongressbeschluss erforderlich ist. Unabhängig von spezifischen Politiken lässt sich allerdings insbesondere im rechten Lager ein weitaus klarerer Trend in Richtung einer weitreichenden politischen Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der USA beobachten. Ganz gleich ob die in Project 2025 genannten spezifischen Maßnahmen nun durchgeführt werden oder nicht: Es ist davon auszugehen, dass der Einsatz der auswärtigen Kulturpolitik für offen geopolitische Zwecke in der US-Politik zunehmen wird.

## 2.7. China

Die Herausforderungen, vor die westliche Staaten durch oppositionelle nationalistische Kräfte gestellt werden, sind in Chinas Einparteiensystem nicht denkbar. Nichtsdestotrotz haben nationalistische Kräfte in der Volksrepublik im Vergleich zu Europa und Nordamerika einen genauso großen, wenn nicht sogar größeren Einfluss auf die auswärtige Kulturpolitik. Und obwohl die Verbindung zwischen Nationalismus und Kultur in China schon lange besteht, ist sie unter Präsident Xi Jinping noch enger geworden, seitdem er das außenkulturpolitische Narrativ Chinas mit Begriffen wie historische Verletzung und zivilisatorische Größe neu ausgerichtet hat (Lin, 2024; Zheng, 2019).

---

<sup>2</sup> Die vollständige Website zu Project 2025 findet sich hier: <https://www.project2025.org/>. Nachfolgende Zitate aus einzelnen Kapiteln werden in diesem Bericht mit den Namen der Autor:innen gekennzeichnet.

Die chinesische auswärtige Kulturpolitik entwickelte sich parallel zum rasanten wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Sie zeichnet sich daher vor allem durch eine enge Verknüpfung mit den geopolitischen Interessen des Landes in den Bereichen Handel, Bildung und Wissenschaft aus. China wollte sich auf internationaler Ebene ein kulturelles Profil geben, dass seinem neuen wirtschaftlichen und kommerziellen Status gerecht wird. Kurz nach der Jahrtausendwende richtete das Land seine außenkulturpolitische Strategie neu aus und investierte immer stärker in den Ausbau eines weltweiten Netzes eigener Kulturinstitute, die auswärtige Bildungspolitik und die internationale Medienpräsenz des Landes. In dieser Zeit waren auch deutliche Veränderungen bei den politischen Narrativen zu beobachten, von Mao Zedongs „Friedlicher Koexistenz“ und Hu Jintaos „Harmonischer Welt“ bis hin zu Xis „Chinesischem Traum“, der für eine neue aktivere und selbstbewusstere Einflussnahme auf die Wahrnehmung Chinas in der Welt steht (Yang, 2023).

Westliche Länder verfolgen den chinesischen Wirtschaftsaufschwung und die damit verbundene Zunahme außenkulturpolitischer Aktivitäten mit Besorgnis – denn die Machtzuwächse nationalistischer Kräfte im Westen und in China können sich gegenseitig verstärken, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zwischen China und den USA. In westlichen Medien ist beispielsweise häufig von einer „chinesischen Bedrohung“ zu lesen (Mahbubani, 2019) – ein Trend, der sich mit der COVID-19-Pandemie und Trumps Beharren auf der Bezeichnung „China-Virus“ noch weiter verstärkt hat. Mehrere westliche Länder haben bestimmte Maßnahmen der chinesischen auswärtigen Kulturpolitik, darunter die Konfuzius-Institute, neu als „Sharp Power“-Instrumente eingeordnet, womit in diesem Zusammenhang Instrumente oder Maßnahmen gemeint sind, mit deren Hilfe autoritäre Staaten wie China und Russland ihren Einfluss über Manipulation und Zensur geltend machen wollen (Walker & Ludwig, 2017).

Während China in den meisten Ländern des Westens an Ansehen und Soft Power verliert, gestaltet sich die Lage bei vielen seiner strategischen Partner, insbesondere im Globalen Süden, ganz anders. Sie blicken nach wie vor auf zu China und betrachten das Land als Entwicklungsmodell für ihre eigenen Staaten. Auf internationaler Ebene strebt China einen „friedlichen Aufstieg“ in eine weltweite Führungsrolle an und will sich über Megaprojekte wie die Neue-Seidenstraßen-Initiative und das China-Afrika-Kooperationsforum mit seinen Gipfeltreffen Legitimität verschaffen.<sup>3</sup> Das Forum ist vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewidmet und verbindet sowohl kommerzielle als auch geopolitische Interessen mit Soft-Power-Aktivitäten.

Auf innenpolitischer Ebene wird die chinesische Soft Power im Ausland als Schutzschirm gegen westliche Einflüsse und innerstaatliche „Einmischung“ betrachtet (Yang, 2023). Der Ausbau der Soft Power in der Welt soll mit anderen Worten auch einer Stärkung des nationalen Zusammenhalts dienen. In einem nationalen Diskurs, den auch die Medien aufgreifen, wird darüber berichtet, dass sich China als neue Weltmacht großes Ansehen und Respekt sichern konnte. Diese Verbindung zwischen Soft Power und nationalem Zusammenhalt ist noch stärker geworden, seit Xi den chinesischen Nationalismus instrumentalisiert und fördert.

---

<sup>3</sup> Weitere Informationen siehe: <http://www.focac.org/eng/> and <https://2024focacsummit.mfa.gov.cn/eng/>.

Diese Dynamik macht sich auch in veränderten institutionellen Rahmenbedingungen bemerkbar. Im Jahr 2018 hat China die Entscheidungsstrukturen in außenpolitischen Angelegenheiten noch stärker zentralisiert und die Zentrale Führungsgruppe für Auswärtige Angelegenheiten in Zentralen Arbeitsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten umbenannt, der nun nicht mehr der Zentralregierung, sondern direkt Präsident Xi unterstellt ist. Im Rahmen der Reform wurden auch wichtige internationale Rundfunkanstalten, das China Global Television Network (CGTN) und das China Radio International (CRI) der direkten Aufsicht der Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unterstellt, womit sich die Trennlinie zwischen internationalen und nationalen Angelegenheiten noch weiter verwischt hat.

Diese Tendenz zu einer stärkeren Machtkonzentration und Kontrolle könnte nicht nur eine Straffung der auswärtigen Kulturpolitik Chinas zur Folge haben, sondern auch zusätzliche Ängste vor einem propagandistischen Ansatz schüren und damit letzten Endes dem internationalen Ansehen des Landes schaden. Das chinesische Dilemma macht deutlich, welche grundlegenden Spannungen mit einer Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik für nationalistische politische Zwecke verbunden sein können. Lässt sich das Zielpublikum von den Narrativen und ideologischen Botschaften überzeugen? Oder ist es vielmehr so, wie Joseph Nye sagt: „Die beste Propaganda ist keine Propaganda“ (Nye, 2009).

## 2.8. Russland

Putin und sein autokratisches Regime sind eine feste Größe in der rechtsextremen Bewegung im eigenen Land und auf internationaler Ebene. Viele sehen sie als Antriebskräfte neonationalistischer Bewegungen in aller Welt, vor allem in Europa, wo rechtsextreme Politiker:innen, die mit dem russischen Regime sympathisieren, an Einfluss gewonnen haben (Rij, 2024). Viktor Orbán in Ungarn oder die AfD und das BSW in Deutschland, deren Mitglieder Putin in weiten Teilen unterstützen, sind Paradebeispiele für diesen weitreichenden Einfluss. Putins besondere Form des Nationalismus stützt sich maßgeblich auf ultrakonservative politische Überzeugungen, rücksichtslose imperialistische Bestrebungen und eine ausgeprägte Politisierung der Religion, insbesondere über die russisch-orthodoxe Kirche. Traditionelle Familienwerte sind ein wiederkehrendes Thema seiner Kampagne. Sie dienen ihm als Rechtfertigung für zahlreiche kontroverse Standpunkte und das Ausschalten potentieller Abweichler (Luchenko, 2024). Feministinnen und die LGBTQIA+-Community sind vielfach das Hauptziel seines ultrakonservativen Spotts. Inzwischen hat die Zivilgesellschaft jeglichen Handlungsspielraum verloren: Aktivist:innen sitzen im Gefängnis und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden als ausländische Agenten eingestuft und geschlossen. Es ist mit Repressionen gegen jegliche Form des politischen oder kulturellen Protests gegen die Werte des Regimes zu rechnen, der als „antichristliche Propaganda“ und unmoralische „westliche Dekadenz“ gebrandmarkt werden kann.

Die auswärtige Kulturpolitik Russlands beruht auf vier wesentlichen Zielsetzungen (Yang, 2024, S. 3): die Verbreitung der „russischen Weltsicht“, die Russland als zentralen Akteur in der Geschichte Osteuropas und Zentralasiens begreift, die Unterstützung russischer Gemeinschaften im Ausland, die Förderung traditioneller Welt wie Glauben und Familie und

die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Wissenschaft. Ein zentraler außenkulturpolitischer Akteur ist die Russkiy-Mir-Stiftung, die russische Plattform für kulturellen und humanitären Dialog. Es gibt zahlreiche Russkiy-Mir-Zentren und -Büros in aller Welt. Viele wurden nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine allerdings geschlossen. Beispielsweise ist allein in Europa die Zahl der Russkiy-Mir-Zentren im Zeitraum 2019-2022 von 52 auf nur 34 gesunken (ebd., 2024, S. 7). Mit seiner Kriegslust hat Russland also seine Soft-Power-Reserven in vielen Ländern des Globalen Nordens verspielt. Westliche Mächte haben auf Russlands Einmarsch in der Ukraine mit Verboten und Sanktionen gegen russische Einzelpersonen, Unternehmen und Organisationen weltweit und insbesondere in der EU reagiert. Im Jahr 2024 wurde die Russische Föderation als historische Größe in der Welt des Sports und der Athletik beispielsweise von den Olympischen Spielen in Paris ausgeschlossen. Auch die Beteiligung am wissenschaftlichen Austausch und in der internationalen Forschungsgemeinschaft hat gelitten. Dies sind nur zwei Beispiele für Russlands schwindende Soft Power auf der Weltbühne, die von einem weitreichenderen Zusammenbruch der russischen Diplomatie zeugen.

Auch wenn die diplomatischen Beziehungen zu vielen wichtigen Weltmächten belastet sind, verfügt Russland über einen langanhaltenden Einfluss im von ihm selbst so bezeichneten „nahen Ausland“, also z. B. in den Neuen Unabhängigen Staaten, die früher unter Sowjetherrschaft standen. So engagieren sich beispielsweise russische Hochschulen stark im postsowjetischen Raum. Über 89 % der ausländischen Studierenden stammen aus den GUS-Staaten<sup>4</sup> (Arefiev, 2019, zitiert in Yang, 2024). Mit seiner klaren imperialistischen Linie will das russische Regime unabhängige Kulturen sowohl innerhalb der Landesgrenzen – darunter ethnische Minderheiten und indigene Bevölkerungsgruppen – als auch im Ausland unterdrücken, wie die anhaltenden Kriegshandlungen in der Ukraine deutlich machen (Dullin, 2023).

Allerdings zeichnet sich eine größere Verschiebung in der außenpolitischen Strategie Russlands ab. Das Land wirbt nicht länger um diejenigen, die seinem politischen Modell und seiner außenpolitischen Haltung entgegenstehen. Stattdessen setzt Putins Regime verstärkt auf bilaterale Zusammenarbeit, um starke (wirtschaftliche, politische, kulturelle, wissenschaftliche) Bündnisse mit seinen Amtskollegen der BRICS-Staaten in China und Indien zu schmieden, die beide eine ganz eigene Form des Nationalismus pflegen. In dem als „Konzept der humanitären Politik der Russischen Föderation im Ausland“ bekannten Erlass von 2022 wurde diese Neuausrichtung der Prioritäten verankert (Yang, 2024). Außerdem ist Russland offenbar vor allem in westlichen Ländern darum bemüht, den Schaden an der auswärtigen Kulturpolitik durch ein außenpolitisches Einwirken mit anderen Mittel auszugleichen. Der Einsatz von Bots und Trollen in den sozialen Medien, um die öffentliche Meinung und Wahlausgänge in anderen Ländern zu beeinflussen, ließ sich in den Kreml zurückverfolgen (ebd., 2024; Chen, 2015).

Diese außenkulturpolitische Strategie des Aufbaus immer stärkerer Bündnisse mit gleichgesinnten Nationalisten wird sich während der Zeit des Putin-Regimes sicherlich nicht

---

<sup>4</sup> Die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ ist eine zwischenstaatliche Organisation, in der sich Aserbaidschan, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, die Republik Moldau, Russland, Tadschikistan und Uzbekistan, die Ukraine und Turkmenistan zusammengeschlossen haben.

ändern. Angesichts der Belastungen der militärischen und finanziellen Ressourcen und der Imageverluste, die mit dem Einmarsch in die Ukraine 2022 verbunden waren, ist der Bedarf an derartigen Allianzen sogar noch größer geworden. Durch Verbote und Sanktionen ist der Einfluss der russischen Soft Power in der Mehrzahl der liberalen Gesellschaften des Westens vollständig zum Erliegen gekommen, insbesondere in den Mitgliedstaaten der EU und in Großbritannien, die ihrerseits viele ihrer Kultureinrichtungen in Russland freiwillig oder unfreiwillig geschlossen haben. Russlands Einsatz von Hard Power und seine kriegerischen Absichten mögen davon ablenken, dass sein Einfluss schwindet in einer zunehmend multipolaren Welt, in der imperiale Herrschaftsgelüste immer mehr an Bedeutung verlieren. Weil gleichzeitig deswegen Verbündete, die eine solche Kriegslust legitimieren, immer wichtiger werden, ist davon auszugehen, dass sich die auswärtige Kulturpolitik Russlands an diesem Bedarf orientieren wird.

## 2.9. Türkei

Die komplexe politische Landschaft in der Türkei hat in der Vergangenheit mehrere neonationalistische Bewegungen hervorgebracht. Die derzeit stärkste Kraft im türkischen Parlament ist die Volksallianz, ein Bündnis aus Präsident Erdoğan's Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi* oder AKP), einer rechtsgerichteten populistischen Partei, die seit 2002 an der Macht ist, und der rechtextremistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi* oder MHP), die mit der gewaltbereiten neofaschistischen Jugendbewegung *Bozkurtlar* (Graue Wölfe) in Verbindung gebracht wird (BfV, k. D.) Durch Zerwürfnisse und Interessenkonflikte haben sich Splittergruppen von den großen Parteien abgespalten und andere Bewegungen ins Leben gerufen, die ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zum neonationalistischen Narrativ leisten. Ein Beispiel ist die ultranationalistische Partei des Sieges (*Zafer Partisi* oder ZP), die sich von der Guten Partei (*İYİ Parti*) getrennt hat und zusammen mit der größeren Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi* oder CHP) die wichtigste Oppositionsfront (Allianz der Nation) bildet. Die ZP konnte zwar bei den Wahlen 2023 keine Sitze erringen, doch sie konnte sich in der politischen Landschaft Gehör verschaffen, indem sie die öffentliche Debatte mit einwanderungsfeindlicher Stimmungsmache und allgemeinen Konjunkturängsten befeuerte (Karsit, 2024).

Der türkische Nationalismus hat zahlreiche Ausdrucksformen, die im Wesentlichen auf verschiedene Auslegungen des politischen Erbes von Mustafa Kemal Atatürk zurückgehen, das Hoffman et al. (2018) als „zentralen Bezugspunkt für alle politischen Parteien“ bezeichnen. Allerdings neigen die einzelnen politischen Bewegungen dazu, bestimmte Elemente dieses politischen Vermächtnisses zu überhöhen oder außer Acht zu lassen. In der Regierungspartei AKP herrschen eher neo-osmanische Tendenzen vor. Während ihre Anhänger von einem größeren Einfluss im Nahen Osten träumen, steht ihr ausgeprägter religiöser Konservatismus im klaren Widerspruch zu Atatürks säkularistischen Grundsätzen (Yeşilada, 2023). Das Regime weist zudem autoritäre Züge auf, die auf ein Demokratiedefizit hindeuten. Das politische Bündnis zwischen AKP und extremistischer MHP kann als neue Form des Nationalismus und als Reaktion auf die wachsende sozioökonomische Unruhe gewertet werden, um religiöse Konservative und türkische Nationalisten durch eine Bekräftigung der türkischen Identität miteinander zu vereinen (Hoffman et al., 2018).

Aktuell verfolgt die Türkei in der auswärtigen Kulturpolitik einen zentralisierten und staatskonformen Ansatz, zu dessen wichtigsten Schwerpunkten der Erhalt der nationalen Identität und des nationalen Erbes zählen (Knudsen, 2021a). An der Umsetzung dieser außenkulturpolitischen Strategie sind zahlreiche Ministerien über die direkte Organisation von Kulturprogrammen im Ausland beteiligt. Die Türkei legt großen Wert auf ein gemeinsames Engagement mit Ländern der türkischen Sprachfamilie. Zur besseren Zusammenarbeit wurde 2009 die *Organisation of Turkic States* (OTS) gegründet, deren Mitglieder u.a. Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan sind (ebd., 2021). Aufgrund seiner strategischen geografischen Position zwischen Europa und Asien verfügt die Türkei zwar über gewisse Stärken im Bereich der Soft Power (z. B. die Beliebtheit kultureller Produkte wie Seifenopfern aus der Türkei und ihr grundsätzlich guter Ruf in islamischen Ländern), allerdings fehlt es dem Land an einem einheitlichen und fundierten Ansatz im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik, um sich derartige Vorteile zunutze zu machen. In liberalen Gesellschaften im Westen hat die Türkei ihrer Soft Power durch eine Hinwendung zum Autoritarismus und den Versuch der Instrumentalisierung türkischer Communitys im Wahlkampf geschadet.

Das erfolgreiche Bündnis zwischen AKP und MHP wird vermutlich eine stärkere Betonung des türkischen Nationalismus durch die Regierungspartei zur Folge haben. Präsident Erdoğan's Regime wurde wiederholt vorgeworfen, religiösen Konservatismus unter Missachtung der Prinzipien des Säkularismus zu fördern (Kirby, 2023). Ein Beispiel hierfür ist der wachsende Einfluss des Diyanet (Türkisches Präsidium für Religionsangelegenheiten), das nicht nur für religiöse Angelegenheiten im Staat zuständig ist, sondern auch über bedeutende Sachwerte im Ausland verfügt, darunter insbesondere ein großes Netz aus Moscheen (Knudsen, 2021a). Allerdings legt die MHP in ihrem Vorschlag für die auswärtige Kulturpolitik einen größeren Schwerpunkt auf die türkische Identität. Die Partei hat auf der Startseite ihrer Website eine Stellungnahme veröffentlicht, in der sie als zentrale Grundsätze ihrer außenpolitischen Strategie eine „Einheit von Sprache, Ideen und Arbeit“ (MHP, k. D.) mit Gemeinschaften nennt, die über gemeinsame historische und ethnische Verbindungen mit der Türkei verfügen. Sie betont die Bedeutung eines Erhalts des kulturellen Erbes und der türkischen Identität und macht deutlich, dass jeder Versuch einer „Beschädigung kultureller Werte“ im Keim erstickt würde. Ihre Beziehungen zu ethnischen Minderheiten wie den Kurden sind kompliziert und durch langanhaltende Spannungen geprägt. Die konservative kurdische „Partei der freien Sache“ zählt zu den offiziellen Unterstützern der Volksallianz (Aydın, 2023), obwohl die MHP in der Vergangenheit mit Angriffen auf kurdische Menschen in Verbindung gebracht wurde.

Die auswärtige Kulturpolitik der Türkei wird ausschließlich von der rechtsextremen Regierung des Landes bestimmt und gelenkt. Es ist allein dem aktuellen Regime zu verdanken, dass es überhaupt Akteure im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik gibt. Ein Beispiel ist die Einrichtung der Yunes-Emre-Kulturinstitute durch Präsident Erdoğan per Direkterlass im Jahr 2007. Das Netzwerk umfasst Kulturinstitute in über 48 Ländern und bildet das wesentliche Fundament des außenkulturpolitischen Engagements der Türkei (Knudsen, 2021a). Eine weitere wichtige Einrichtung ist die öffentliche türkische Rundfunkanstalt TRT World, die in englischer Sprache sendet und der vorgeworfen wurde, als Sprachrohr für Erdoğan's Regime zu agieren (Stalinsky, 2019). Im internationalen Ranking der Pressefreiheit landet die Türkei auf Rang 158 von 180 Staaten und belegt damit einen der untersten Plätze (Freedom House, 2024).

Freedom House (2024) weist zudem darauf hin, dass Politiker der MHP zu Angriffen und Gewalttaten gegen Journalist:innen aufgerufen haben. Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass sich die zunehmenden nationalistischen und autoritären Tendenzen der Regierung in den Inhalten und Maßnahmen der auswärtigen Kulturpolitik widerspiegeln.



### 3. Vergleich und Auswirkungen

Die im vorangehenden Abschnitt untersuchten Länder bieten unterschiedliche Szenarien zu den Auswirkungen des Nationalismus auf die auswärtige Kulturpolitik: In China, Russland und der Türkei sind Nationalisten an der Macht und üben einen erheblichen Einfluss auf die außenkulturpolitische Strategie aus. In Italien hat die nationalistische Regierung einen Prozess eingeleitet, um die Kulturpolitik im Allgemeinen einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen. In Frankreich steht eine starke nationalistische Partei in den Startlöchern, die sich nach italienischem Vorbild um eine stärkere Kontrolle sowohl des Narrativs als auch der Institutionen bemühen würde. Polen hat sich zwar vom Nationalismus abgewandt, doch die neue Regierung hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um den entstandenen Schaden an den Kultureinrichtungen des Landes rückgängig zu machen. In Deutschland und Großbritannien geht es eher um den Einfluss nationalistischer Ideen auf den politischen Mainstream als um eine Machtergreifung durch nationalistische Kräfte, die einen Strategiewechsel in der auswärtigen Kulturpolitik mit sich bringen könnte.

In Deutschland hat sich gezeigt, dass das „arm’s-length“-Prinzip als Governance-System in der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik und die Vielzahl der beteiligten öffentlichen und privaten Akteur:innen – die in „normalen“ Zeiten aufgrund chronischer Koordinierungsschwierigkeiten häufig Anlass für Frustration sind – eine Quelle der Resilienz gegen politischen Extremismus bieten. Auch wenn es den etablierten Parteien gelingt, politische Positionen der AfD und des BSW aus ihren eigenen Parteiprogrammen herauszuhalten, wird es möglicherweise nicht leicht sein, die außenkulturpolitische Strategie Deutschlands angesichts von Haushaltszwängen und Forderungen nach einer strategischeren Ausrichtung und Vereinheitlichung der Programme auf ihrem derzeitigen Kurs zu halten. Mit einigen dieser Vereinheitlichungsforderungen könnte auch die unverblünte Drohung verbunden sein, Maßnahmen zu beenden, die einige Beteiligte als zu kontrovers empfinden. Sollte eine künftige Regierung jedoch aus politischen Erwägungen Botschaften und Forderungen rechts- und linksgerichteter nationalistischer Kräfte übernehmen, könnte es zu tiefgreifenderen und weitreichenderen Veränderungen kommen.

Während in Deutschland die Gefahr einer nationalistischen Bundesregierung aktuell eher unwahrscheinlich ist, sieht die Lage in Frankreich ganz anders aus. Obwohl die *Alliance Française* ein gewisses Maß an politischer Unabhängigkeit genießt, ist der institutionelle Puffer nicht so stark, und es gibt weniger Akteur:innen und Vetokräfte. Eine Regierung des *Rassemblement National* würde den Fokus auf nationale Themen wie den Erhalt des kulturellen Erbes und der nationalen Identität sowie auf eine Stärkung der nationalen Interessen des Landes, insbesondere innerhalb des französischen Sprachraums und der EU, legen.

In Italien haben die Neonationalisten bereits die Macht ergriffen. Bisher haben sich die Kulturkriege auf innerstaatliche Angelegenheiten konzentriert. Auf internationaler Ebene hat die Meloni-Regierung unter dem wachsamen Auge der EU bisher Zurückhaltung an den Tag gelegt. Doch Neonationalist:innen sind opportunistisch veranlagt, und es könnte nur eine Frage der Zeit sein, bevor sich die Meloni-Regierung die auswärtige Kulturpolitik zunutze macht, um ihre neofaschistische Agenda auch im Ausland über die Präsentation von italienischer Kultur

und italienischem Kulturerbe voranzutreiben und so letztlich ihre nationalen Interessen in der EU und weltweit durchzusetzen.

Die bisherigen Erfahrungen in Polen vermitteln einen Eindruck von den Gefahren – aber auch von den Möglichkeiten des Widerstands –, wenn Staaten im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik eine nationalistische Agenda verfolgen.

Im Gegensatz dazu ist es unwahrscheinlich, dass Neonationalisten im Vereinigten Königreich in absehbarer Zeit eine Regierung bilden oder Teil einer Regierung sein können, vor allem nach der Niederlage der Tories bei den Wahlen 2024. Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, dass sie dennoch Einfluss auf die britische auswärtige Kulturpolitik nehmen können, indem sie Druck auf die etablierten Parteien und deren Einfluss auf das internationale Image des Vereinigten Königreichs ausüben. Alles in allem ist jedoch davon auszugehen, dass die vornehmlich wirtschaftspolitische Ausrichtung beibehalten wird und gleichzeitig versucht werden könnte, die belastete Partnerschaft mit anderen europäischen Ländern nach einem schmerzhaften Brexit wiederzubeleben.

In den USA hat die Biden-Regierung die unter der Trump-Regierung eingeleitete neomerkantilistische Handelspolitik weiter fortgeführt und einige von Trumps isolationistischen und rassistischen Politiken rückgängig gemacht (zum Beispiel das Einreiseverbot für Menschen aus islamischen Staaten in die USA), die jedoch per Dekret erneut in Kraft gesetzt wurden.<sup>5</sup> Project 2025 lässt vermuten, dass mit einer deutlich systematischeren Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik für offen geopolitische Zwecke, insbesondere in Richtung China, zu rechnen ist. Die auswärtige Kulturpolitik wird damit zur Machtpolitik.

Chinas stark zentralisierte auswärtige Kulturpolitik ist in Verbindung mit umfangreichen internen und externen Überwachungstechnologien darauf ausgerichtet, die innerstaatliche politische Kontrolle zu sichern und gleichzeitig den internationalen Einfluss des Landes zu stärken. Diese doppelte Instrumentalisierung kann leicht zu Spannungen im Ausland führen und Chinas Soft-Power-Einfluss in anderen Ländern eher schaden als nutzen. Im Gegensatz zu Russland ist China eine aufstrebende Macht und weniger kriegslüsternd. Seine außenkulturpolitische Strategie ist eng mit Wirtschaftsinteressen verknüpft, während Russland die auswärtige Kulturpolitik zur Ausübung seiner Hard Power und zu Manipulationszwecken im Rahmen seiner hybriden Kriegsführung nutzt.

In der Türkei gestaltet sich die Situation noch einmal anders. Die auswärtige Kulturpolitik ist im Wesentlichen politisch motiviert und soll dazu beitragen, das Land als regionale Macht zu etablieren. Allerdings hat die Türkei mit den beiden anderen nationalistischen Autokratien die Vision einer vergangenen Größe gemein, für die man nach wie vor auf Anerkennung hofft.

Zusammenfassend ist es einigen autokratischen nationalistischen Regimen gelungen, die auswärtige Kulturpolitik gänzlich für ihre Zwecke zu instrumentalisieren: in China aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, in Russland aus politisch-militaristischen Gründen

---

<sup>5</sup> <https://www.nytimes.com/2025/03/15/us/politics/trump-order-voice-of-america.html>

und in der Türkei vorrangig aus politischen Erwägungen. In den USA sowie auch in Frankreich – sollte Le Pen an die Macht kommen – besteht die große Gefahr einer Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik. Diese Gefahr ist zwar auch in Italien zu beobachten, doch aufgrund seiner sowohl geopolitisch als auch innerhalb der EU schwächeren Position muss das Land mit mehr Bedacht vorgehen. Mit Blick auf das Vereinigte Königreich könnte man von einer gutartigen Instrumentalisierung sprechen, die hauptsächlich wirtschaftlichen Zwecken und einer Positionierung im Anschluss an den Brexit dient. Wie Deutschland verfügt Großbritannien über eine widerstandsfähige Governance-Struktur, sodass die auswärtige Kulturpolitik beider Länder am wenigsten Gefahr läuft, durch neonationalistische Kräfte kontrolliert zu werden.



## 4. Deutschland im Fokus

In Deutschland besteht ein deutlicher Kontrast zwischen einer weitgehenden Kontinuität des außenkulturpolitischen Narrativs in den aufeinanderfolgenden Regierungen (einschließlich der Ampelkoalition) und den Positionen der beiden aufstrebenden nationalistischen Parteien – der rechtsgerichteten AfD und des linksgerichteten BSW. Beide sind recht neu in der politischen Landschaft, konnten jedoch schnell an Einfluss gewinnen und erzielten zusammen inzwischen etwa ein Viertel der landesweiten und fast die Hälfte der Wählerstimmen in einigen ostdeutschen Bundesländern.

Die deutsche Regierung betrachtet die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als Instrument für den Aufbau positiver Beziehungen mit anderen Ländern, selbst in einer angespannten politischen Lage. Auf der Website des Auswärtigen Amts (Auswärtiges Amt, 2021) heißt es dazu:

*„Zugang zu Kultur und Bildung über geographische, politische und soziale Grenzen hinweg zu ermöglichen und damit gegenseitiges Verständnis zu schaffen: [das ist die] Basis für gute internationale Beziehungen. Auf diese Weise will die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch einen Beitrag dazu leisten, weltweit Krisen und Konflikte zu entschärfen oder sogar verhindern: Es geht darum, im Gespräch zu bleiben, weiterhin eine gemeinsame Ebene zu haben. [...] Sie bringt Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft zusammen, setzt sich weltweit ein für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, pflegt Freiräume für den kritischen Austausch und die freie Meinungsäußerung und schützt Kulturgüter als Zeichen kultureller Identität.“*

Zu diesem Zweck verfolgt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eine „Außenpolitik der Gesellschaften“, wie es auf der Website heißt. Sie ist also nicht primär eine Angelegenheit von und für Regierungen, sondern vielmehr eine Aufgabe von Einrichtungen und privaten Akteur:innen wie Stiftungen oder nichtstaatlichen Organisationen, die nach dem „arm’s length“-Prinzip arbeiten. Demzufolge wird die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht von den politischen Machtstrukturen im engeren Sinne bestimmt, sondern findet gemäß dem Auswärtigen Amt in einem so genannten „vorpolitischen Raum“ statt.

Im Vergleich dazu verbreitet die AfD in einem Positionspapier<sup>6</sup> zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik folgende Thesen zur kulturellen Identität Deutschlands:

*„Diese kulturelle Identität ist heute allerdings auf vielfältige Weise gefährdet: zum Beispiel durch linksideologisch motivierte Versuche, in Deutschland ein politisch-korrektes, feministisches oder »queeres« Sprachregime zu errichten; durch den Versuch, nur vereinfachende Sichtweisen auf unsere Vergangenheit, wie etwa die des Postkolonialismus, zuzulassen; oder auch durch den Versuch – aus Sorge, aufgrund der problematischen Seiten unserer Geschichte falsch verstanden zu werden –, sich in eine als »weltoffen« verstandene Kunst und Literatur zu flüchten, die bewusst die eigenen Traditionen vernachlässigt oder gar verneint.“ (Seite 9).*

---

<sup>6</sup> Siehe AfD, 2024.

Das Positionspapier zitiert den Ehrenvorsitzenden der Partei und Bundestagsabgeordneten Alexander Gauland mit folgenden Worten:

*„Die Identität eines Volkes hängt wesentlich mit seiner Sprache und seiner Kultur zusammen. Insofern sind die Goethe-Institute Konsulate der deutschen Identität im Ausland. Wir möchten, dass dort eine positive Identität vermittelt wird. Weltweit genießen deutsche Musiker, Dichter, Forscher und Denker einen exzellenten Ruf, die deutsche Kultur gehört zu den großen Hervorbringungen der Menschheit. In unserer Sprache sind grandiose Bücher geschrieben und die tiefsten Gedanken gedacht worden. Diese bedeutende Tradition muss fortgesetzt und gegen die aktuellen Angriffe der »Wokeness« verteidigt werden – gerade in den Goethe-Instituten.“ (Seite 1)*

Ähnlich unverblümt äußert sich auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron:

*„Der finanziell und politisch so wichtige Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss reformiert werden. Dieser Ausschuss soll sich wieder dafür einsetzen, wofür er gegründet wurde: für die Förderung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur im Ausland. Der Export von linksgrünen Ideologien sowie absurder Phantasien einer Andersartigkeit, die keiner will, gehören nicht dazu. Die Welt erwartet von uns, dass wir unsere großartige Kulturgeschichte in die Welt tragen – und nicht, dass wir versuchen, ihr unter dem Deckmantel der Kulturförderung verquere Ideologien aufzuzwingen.“ (Seite 22)*

Das BSW befindet sich im Aufbau und hat noch kein ausführliches Positionspapier zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorgelegt. Allerdings formuliert das Parteiprogramm eine sehr kritische und auch ablehnende politische Haltung gegenüber der aktuellen deutschen Außenpolitik<sup>7</sup>:

*„Eine Militärallianz, deren Führungsmacht<sup>8</sup> in den zurückliegenden Jahren fünf Länder völkerrechtswidrig überfallen und in diesen Kriegen mehr als 1 Million Menschen getötet hat, schürt Bedrohungsgefühle und Abwehrreaktionen und trägt so zu globaler Instabilität bei. Statt eines Machtinstruments für geopolitische Ziele brauchen wir ein defensiv ausgerichtetes Verteidigungsbündnis, das die Grundsätze der UN-Charta achtet, Abrüstung anstrebt, statt zu Aufrüstung zu verpflichten, und in dem sich die Mitglieder auf Augenhöhe begegnen. Europa benötigt eine stabile Sicherheitsarchitektur, die längerfristig auch Russland einschließen sollte.“*

Das Parteiprogramm sieht Deutschland als souveränen Nationalstaat, der in einer multipolaren Welt seine eigenen Interessen verfolgt:

*„Unser Land verdient eine selbstbewusste Politik, die das Wohlergehen seiner Bürger in den Mittelpunkt stellt und von der Einsicht getragen ist, dass US-amerikanische Interessen sich von unseren Interessen teilweise erheblich unterscheiden. Unser Ziel ist ein eigenständiges Europa souveräner Demokratien in einer multipolaren Welt*

<sup>7</sup> Siehe Bündnis Sahra Wagenknecht, k. D.

<sup>8</sup> Hier sind die NATO und die Vereinigten Staaten gemeint.

*und keine neue Blockkonfrontation, in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewusster formierenden neuen Machtblock um China und Russland zerrieben wird.“*

Über Jahrzehnte war die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik von Kontinuität und einem Konsens über die Notwendigkeit bestimmt, die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu stärken. Beide Prämissen – und damit auch lange Zeit gültige Narrative, Prioritäten, Inhalte und Aktivitäten – geraten heute durch grundlegende Verschiebungen in der innerstaatlichen und internationalen Politik zunehmend unter Druck. Die AfD und das BSW fordern auf nationaler Ebene, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik müsse mehr Gewicht auf nationale Interessen legen. Die beiden Parteien sind zwar noch nicht in Regierungsverantwortung und werden dieses Ziel auf Bundesebene vermutlich auch nicht erreichen. Trotzdem müssen sich die Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in den kommenden Jahren angesichts zunehmender Wahlerfolge auf einen größeren Druck durch nationalistische Kräfte vorbereiten.

## 4.1. Auswirkungen

Welche Auswirkungen hat der Nationalismus auf die künftige Ausrichtung der deutschen Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik – insbesondere wenn nationalistische Parteien indirekt an Einfluss gewinnen oder direkte Machtpositionen bekleiden? Auf politischer Ebene könnten sich innerstaatliche so genannte „Kulturkriege“ um ethnische, nationale, kulturelle und sexuelle Identitäten einen Weg in die internationalen Kulturbeziehungen und Grundsätze der Soft Power bahnen. In diesem Fall wäre die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik zunehmend Angriffen des rechten Flügels auf das deutsche Konzept einer multikulturellen Gesellschaft einerseits und Angriffen des linken Flügels auf ihre angebliche Russland-Phobie andererseits ausgesetzt. In umgekehrter Richtung würden äußere Konflikte, wie der türkisch-kurdische oder der israelisch-palästinensische Konflikt, die schon jetzt auch auf innerstaatlicher Bühne ausgetragen werden, für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert.

In einer angespannten innenpolitischen Lage sind bestimmte Bevölkerungsgruppen – häufig diejenigen, die sich in einer prekären wirtschaftlichen Lage befinden und sich benachteiligt sowie in ihrer eigenen Identität durch „andere“ bedroht fühlen – empfänglich für nationalistische Kräfte im In- und Ausland. Daraus kann ein Kreislauf aus Reaktion und Gegenreaktion einer gegenseitigen Entfremdung erwachsen, der auf Hunderte von Städten und Regionen in ganz Europa übergreifen könnte. Nationalistische Kräfte können sich diesen Prozess der Entfremdung, der von der politischen Elite lange Zeit ignoriert wurde, leicht zunutze machen. Beispielweise könnten Mitglieder der türkischen Community in Deutschland zwischen die Fronten der AfD, die sich im Idealfall ihre Remigration wünscht, und der nationalistischen Strategie Erdogans geraten, der sie für eigene politische Zwecke instrumentalisieren will. Russische, syrische, iranische oder afghanische Communitys in Deutschland könnten ein ähnliches Schicksal ereilen.

Angesichts einer wachsenden Instrumentalisierung der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik durch autokratische Regime könnten die Kulturbeziehungen zunehmend

ins Kreuzfeuer geopolitischer Wettkämpfe und Konflikte geraten. Dann wäre die bisher auf Zusammenarbeit und gewinnbringende Ergebnisse ausgerichtete Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik nicht länger ein Motor der gegenseitigen Verständigung, sondern immer stärker an Hard- und Sharp-Power-Ansätze gebunden. Wie jede andere Form der Macht kann Soft Power sowohl für „gute“ Zwecke zum Einsatz kommen, wenn sie weltweit zu Frieden und Verständigung beiträgt, als auch für „schlechte“ Zwecke, wenn sie nationalistischen, antidemokratischen und rassistischen Zielsetzungen dient oder Teil einer hybriden Kriegsführung ist.

Zwei Dynamiken machen deutlich, auf welcher unterschiedlichen Weise die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik an Bedeutung gewinnen könnte in einer Welt, die von einer zunehmend konfrontativen Geopolitik bestimmt wird. Erstens bemühen sich expansive Autokratien wie China, Russland oder die Türkei mit allen Mitteln darum, ihre eigenen nationalen Interessen stärker in den Vordergrund zu stellen, um im Ausland an Einfluss zu gewinnen. Sie setzen ihre Kulturpolitik strategisch und häufig mit erheblichem Mitteleinsatz um und kombinieren Soft-Power-Ansätze mit Sharp Power (z. B. Chinas Neue-Seidenstraßen-Initiative und die Konfuzius-Institute) und hybrider Hard Power (z. B. Russlands Desinformationskampagnen und die Einstufung von in Russland tätigen Kulturinstituten aus EU-Mitgliedstaaten als „ausländische Agenten“; von der Türkei betriebene Echokammern in Deutschland und die Begrenzung des Zugangs zu deutschen Sprachschulen in der Türkei).

Zweitens geht es um die Kontrolle der Kommunikations- und Informationsinfrastruktur. Für Autokratien ist dies leichter als für Demokratien, wie die Kontrolle des Internets durch die Cyberspace Administration of China und dem Versuch der Einführung einer Konkurrenzversion zum Internet mit der chinesischen Initiative für eine digitale Seidenstraße zeigen. Auch in Russland wird das Internet mit Hilfe ausgeklügelter Überwachungsmechanismen kontrolliert. Anders als früher haben heute sogar die ärmsten und am meisten benachteiligten Communitys weltweit Zugang zum Internet und zu Echtzeit-Kommunikation – und können auf diesem Wege beeinflusst werden.

Für Demokratien in Europa stellen diese Kommunikationsströme in Kombination mit Desinformationskampagnen durch Länder wie Russland und Iran, nationalistische Parteien sowie illoyale und semiloyale Oppositionsgruppen, eine massive Herausforderung für die innerstaatliche Stabilität dar. Aktuelle Beispiele sind die Unruhen in England und Nordirland im Juli 2024, die Rekrutierung von Migrant:innen für Terrorangriffe durch den Islamischen Staat im August 2024 oder die Nutzung von Doppelgänger-Websites führender westlicher Medien für die Verbreitung von Falschinformationen durch Russland. Der starke und weitgehend unkontrollierte Einfluss von Social-Media-Plattformen wie X oder Telegram ist eine weitere beunruhigende Komponente im internationalen Medienwettbewerb, die sich durch die rasch wachsende Nutzung künstlicher Intelligenz zusätzlich verschärft.

In der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik lässt sich die Tendenz beobachten, dass es immer weniger um Dialog und immer mehr um die Stärkung des politischen oder wirtschaftlichen Einflusses im Ausland geht. Damit ist insbesondere die Gefahr verbunden, dass unter ihrem Deckmantel politische oder wirtschaftliche Zielsetzungen verfolgt werden. Mit anderen Worten ist damit zu rechnen, dass die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik in

Zukunft immer mehr von geopolitischen Positionskämpfen und Machtspielen bestimmt sein wird. Mit dem Hauptziel, das eigene Land stark, geeint und attraktiv erscheinen zu lassen. Es geht weniger darum, was wir voneinander lernen können, um unser gegenseitiges Verständnis zu stärken und auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten, sondern vor allem darum, nationale Vorteile zu erzielen.

## 4.2. Empfehlungen

Was können liberale Demokratien wie Deutschland angesichts dieser beunruhigenden Entwicklungen unternehmen, um ihre auswärtige Kulturpolitik vor einem wachsenden Nationalismus auf nationaler und internationaler Ebene zu schützen? Der größte Fehler wäre es, den „Kopf in den Sand zu stecken“ und sich auf engstirnige Debatten über Haushalte und kurzfristige Lösungen zu konzentrieren, anstatt den tatsächlichen strategischen und programmatischen Herausforderungen ins Auge zu sehen. Im Folgenden präsentieren wir fünf Empfehlungen, die zwar speziell auf die deutsche Situation zugeschnitten sind, sich aber auch auf andere demokratische Staaten mit einem ähnlichen institutionellen Gefüge anwenden lassen.

### 1. Das „arm’s-length“-Prinzip in wichtigen Institutionen fördern und stärken

Weil der zunehmende Nationalismus die seit langem geltenden Normen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik in Frage stellt, ist es wichtiger denn je, diese Normen vor möglichen Eingriffen durch nationalistische politische Kräfte zu schützen. Aktuell sind Länder wie Deutschland wichtige Verfechter des „arm’s length“-Prinzips für zentrale Institutionen wie das Goethe-Institut, den DAAD oder die Deutsche Welle. Allerdings muss dieser Grundsatz vor allem mit Blick auf die Bundestagswahlen 2025 zusätzlich gestärkt und bekräftigt werden. Wir empfehlen den Kulturmittlern der deutschen Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik, ihre Verträge, Satzungen oder Statuten, geltenden Gesetze und Vorschriften sowie Rahmenübereinkommen und Organisationsstrukturen auf mögliche „Schwachstellen“ zu überprüfen, über die sich nationalistische Kräfte Zugang verschaffen und nationalpolitische Strategien einschleusen könnten. Derartige Maßnahmen könnten dazu beitragen, die derzeitigen institutionellen und Governance-Strukturen vor einer Infiltration und Kontrolle oder sogar Übernahme durch nationalistische Kräfte zu schützen.

### 2. Die Koordinierung zwischen Institutionen der auswärtigen Kulturpolitik verbessern

Die Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik müssen ihre Verbindungen untereinander stärken und eine gemeinsame Verteidigungslinie entwickeln, um sich im Bedarfsfall gegenseitig zu unterstützen. Beispielsweise ist ein Angriff der AfD auf das Goethe-Institut ein Angriff auf alle Kulturmittler und sollte auch gemeinsame Maßnahmen nach sich ziehen, genauso wie eine Kampagne des BSW für eine Putin-freundliche Politik. Die Kulturmittler sollten auf derartige Angriffe mit geeigneten Reaktionen vorbereitet sein.

Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausgebaut und vertieft werden. Eine Stärkung des Netzwerks der Nationalen Kulturinstitute der Europäischen Union (EUNIC) trägt auch dazu bei, die Integrität der kooperativen und liberalen Ansätze der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik insgesamt zu schützen – selbst wenn in einem der Länder nationalistische Kräfte die Macht ergreifen sollten. Wenn beispielsweise in einem europäischen Staat nationalistische Kräfte die Regierung übernehmen und die nationale außenkulturpolitische Linie, die anderen Länder aber an einem gemeinsamen Ansatz festhalten, kann der Einfluss des nationalistischen Staates begrenzt und womöglich sogar „isoliert“ werden. EUNIC könnte zudem als Bindeglied für die Förderung des gegenseitigen Lernens und des Erfahrungsaustauschs über den Umgang mit nationalistischen Herausforderungen agieren. Die aktuellen oder geplanten Strategien und Aktivitäten polnischer, ungarischer und slowakischer Kultureinrichtungen sind ein Beispiel dafür. Wir empfehlen daher einen Ausbau der institutionellen Kapazitäten von EUNIC und ähnlicher Bündnisse.

### **3. Gegen schädliche äußere Einflüsse abschotten**

Neben dem Schutz vor nationalistischen Kräften im Innern müssen sich liberale Demokratien auch gegen den Einfluss nationalistischer auswärtiger Kulturpolitiken aus anderen Ländern wappnen. Dazu gehören Desinformationskampagnen durch Russland, Spionage durch China, die Unterstützung nationalistischer Strömungen in der türkischen Diaspora durch die Türkei oder der Abbau demokratischer Werte und Normen durch illiberale europäische Länder wie Ungarn, Serbien oder die Slowakei. Aktuell hat es den Anschein, als seien die Governance- und Verwaltungsstrukturen in Deutschland und anderen europäischen Ländern nur unzureichend auf diese Gefahren und tiefgreifenden Veränderungen auf innerstaatlicher und internationaler Ebene vorbereitet. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Regierungen dieser Länder nach wie vor auf unflexible, abgeschottete ministerielle Strukturen und Zuständigkeiten setzen. Anhaltende Informationsungleichgewichte und Koordinierungsprobleme sind die Folge. Daraus resultiert wiederum, dass die Governance-Strukturen immer weniger den jeweiligen Problemkonstellationen gerecht werden. Dabei ist zu bedenken, dass Deutschland keinen nationalen Sicherheitsrat hat, der eine solche Funktion übernehmen könnte. Nachrangig könnten Verbesserungen im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik durch die Einrichtung eines hochrangigen Koordinationsgremiums erzielt werden, in dem wichtige Interessengruppen gemeinsam die nationalistische Bedrohung in den Fokus nehmen. Auf europäischer Ebene schlagen wir vor, die Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik nach dem Vorbild der EU-Sicherheits- und Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) zu gestalten.

### **4. Anti-nationalistische Narrative entwickeln und verbreiten**

Aussagekräftige und überzeugende Narrative müssen sich gegen innerstaatliche und externe nationalistische Kräfte richten und zwischen den Institutionen abgestimmt werden. Auf innerstaatlicher Ebene müssen die Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik mit Bedacht vorgehen und sich – mit größtmöglicher politischer Unabhängigkeit und Überzeugungskraft – auf die Förderung ihrer wichtigsten Werte konzentrieren (siehe erste Empfehlung weiter oben). Denn nationalistische Kräfte nähren sich aus Narrativen über „das System“, das gegen sie ist, sie schwelgen in ihrer vermeintlichen

Opferrolle und sind empfänglich für Verschwörungstheorien. Auf internationaler Ebene kann das Narrativ deutlicher für Demokratie, gemeinsam und geteilten Wohlstand und die Vorteile der Zusammenarbeit eintreten und auf die Kräfte verweisen, von denen eine ernstzunehmende Gefahr für diese Werte ausgeht. Die deutschen (oder auch europäischen) Narrative sollten im Stile einer umfassenden Marketingkampagne formuliert und im Rahmen einer Art „Charmeoffensive“ auf ansprechende, überzeugende und einprägsame Weise verbreitet werden – auch über neue Medien und Netzwerke. Rechtsextreme verfügen in diesem Bereich über einflussreiche Erfahrungen und Kompetenzen, was z. B. der Erfolg der AfD auf der Social-Media-Plattform TikTok und die Verbreitung von Fake News durch Russland zeigen. Diesem Engagement muss mit einer langfristig und breit angelegten Marketingkampagne begegnet werden.

### **5. Auf vorhandenen Stärken aufbauen und Chancen nutzen**

Die deutsche Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik kann eine lange und beachtliche Erfolgsbilanz vorweisen. Auf dieser Erfolgsgeschichte muss sie aufbauen und auch neue Gelegenheiten nutzen, sobald sie sich bieten. Eine künftige Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik könnte nach dem Grundsatz einer „vernetzten Zusammenarbeit“ ausgerichtet werden, indem sie möglichst viele weitere europäische und lokale Partner einbindet, gemeinsame Strukturen für Programme schafft, die Zahl der gemeinsamen Einrichtungen und Kohabitationen erhöht und bei strategischem Bedarf mit den bestehenden Programmen der EU, des Europarates oder der UNESCO verbindet.

Beispielsweise könnten im Bereich Kunst und Kultur wann immer möglich lokale Gruppen und Kunstschafter im Rahmen erweiterter Austauschprogramme nachhaltig eingebunden werden, um zuverlässige Beziehungen und Bündnisse aufzubauen; in der Primar- und Sekundarausbildung sollte Deutschland neben höheren Investitionen in Schulpartnerschaften auch den möglichen Aufbau eines europaweiten Schulnetzwerks mit mehrsprachigen Angeboten und Zweigen erkunden, ggf. auf Grundlage des von der EU betriebenen Systems der Europäischen Schulen<sup>9</sup>; in der Wissenschaftsdiplomatie eine Nullsummenlogik des Wettbewerbs um Talente verhindern, mit Partner:innen in gemeinsamen wissenschaftlichen Initiativen zusammenarbeiten und die Integration der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik in Programme wie Horizon Europe stärken oder schließlich im Mediensektor die Kräfte bündeln und die Möglichkeit von Kooperationsvereinbarungen zwischen Institutionen der auswärtigen Kulturpolitik und Initiativen wie der Democracy News Alliance<sup>10</sup> prüfen, einem gemeinsamen Projekt sieben führender Presseagenturen im Globalen Norden zur Verbesserung der weltweiten Berichterstattung über Demokratie.

<sup>9</sup> Mehr dazu auf der dazugehörigen Website: <https://www.eursc.eu/en>

<sup>10</sup> Nähere Informationen unter: <https://mediaconnect.com/democracy-news-alliance-dna?lang=en>.



## 5. Schlussfolgerungen

Der Nationalismus befindet sich in vielen Ländern, darunter auch in Deutschland und bei seinen Verbündeten, Wettbewerbern und Gegnern, auf dem Vormarsch. Das System der internationalen Beziehungen ist vielschichtiger und konfliktanfälliger geworden, womit die künftige Rolle der Soft Power und der auswärtigen Kulturpolitik ernsthaft in Frage gestellt wird. Das internationale Umfeld der auswärtigen Kulturpolitik wird künftig eher von einem Nullsummen- als von einem Positivsummendenden bestimmt sein und im Kontext rivalisierender Systeme mehr kompetitiv denn kooperativ ausgelegt sein. Allerdings geht von neuen und alten Nationalismen eine unterschiedliche Gefahr für die auswärtige Kulturpolitik der einzelnen Länder aus. In Frankreich und Italien ist die Gefahr akuter als in Großbritannien und Deutschland. In den USA bietet die Situation nach dem Sieg von Donald Trump bei den letzten Wahlen Anlass zu Besorgnis. Polen dagegen liefert ein Beispiel dafür, wie sich ein Land aus einer nationalistischen Regierung befreien kann. Im Gegensatz dazu sehen sich Deutschland und seine Partner durch die nationalistisch geprägte auswärtige Kulturpolitik Chinas, Russlands und der Türkei vor ernstzunehmende Herausforderungen gestellt.

Wir empfehlen, dass sich Deutschland, einschließlich seiner Partner, für dieses herausfordernde Szenario mit zukunftsicheren Rechtsgrundlagen und Governance-Systemen gegen nationalistische Übergriffe wappnet; die Koordinierung zwischen Mittlern und zentralen Akteuren sowohl auf innerstaatlicher als auch auf EU-Ebene stärkt, Verteidigungsmechanismen gegen schädliche Einflüsse aus dem Ausland aufbaut, ein Narrativ, das sich für gemeinsamen und geteilten Wohlstand einsetzt sowie systematisch auf vorhandene programmatische Stärken aufbaut und proaktiv neue Chancen nutzt.



## Literaturverzeichnis

- AfD. (2024). *Positionen und Initiativen zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Alternative für Deutschland*. Abgerufen am 14. August 2024 unter [https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2024/06/Positionen-zur-Auswaertigen-Kultur-und-Bildungspolitik\\_dinA4\\_hoch\\_v12.0\\_DIGITAL.pdf](https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2024/06/Positionen-zur-Auswaertigen-Kultur-und-Bildungspolitik_dinA4_hoch_v12.0_DIGITAL.pdf)
- Applebaum, A. (2024). *Autocracy, Inc. The Dictators Who Want to Run the World*. New York: Penguin.
- Anheier, H. K., Knudsen, E., & List, R. A. (2023). *Soft Power and the New Geopolitics: Germany in Comparative Perspective*. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/974>
- Arefiev, A. (2019). *Education and science in Russia: State and development potential: Yearbook*. <https://doi.org/10.19181/obrnaukru>
- Auswärtiges Amt. (2021). *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: Basis für starke internationale Beziehungen*. Auswärtiges Amt. Abgerufen am 6. September 2024 unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/kultur-und-gesellschaft/akbp/212802>
- Aydın, S. (2023). *The Kurdish Vote and the Turkish Election*. Carnegie Endowment for International Peace. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://carnegieendowment.org/sada/2023/04/the-kurdish-vote-and-the-turkish-election?lang=en>
- BfV (k. D.) *Auslandsbezogener Extremismus (nicht islamistischer Extremismus)*. Bundesamt für Verfassungsschutz. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslandsbezogener-extremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen\\_artikel.html](https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslandsbezogener-extremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html)
- Bündnis Sahra Wagenknecht. (k. D.). *Unser Parteiprogramm*. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW\\_Partieprogramm.pdf](https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW_Partieprogramm.pdf)
- Castigliani, M. (2024, May 30). *Fernsehen, Information und Kultur: Wie Giorgia Meloni das Bild des Landes verändert, (um an der Macht zu bleiben)*. Heinrich Böll Stiftung | Büro Brüssel – Europäische Union. Heinrich Böll Stiftung. Abgerufen am 9. Oktober 2024 unter <https://fr.boell.org/de/2024/05/15/fernsehen-information-und-kultur-wie-giorgia-meloni-das-bild-des-landes-veraendert-um>
- Chen, A. (2015, June 2). The Agency. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2015/06/07/magazine/the-agency.html>
- Cremer, T. (2023). The rise of the post-religious right: Christianity and secularism in the French Rassemblement National. *Party Politics*, 29(1), 40–50. <https://doi.org/10.1177/13540688211046859>
- Cuccinelli, K. (2023). *Chapter 5: Department of Homeland Security* (Vol. 9). The Heritage Foundation. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://static.project2025.org/2025\\_MandateForLeadership\\_CHAPTER-05.pdf](https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_CHAPTER-05.pdf)
- Dullin, S. (2023, April 16). *Imperialism Revealed in the War. Russia Exposed*. SciencesPo - Cogito Research Magazine. Abgerufen am 23. November 2024 unter <https://www.sciencespo.fr/research/cogito/home/imperialism-revealed-in-the-war-russia-exposed/?lang=en>

- FdI. (n.d.). *Cultura e bellezza, il nostro Rinascimento – Programma Fratelli D'Italia*. Abgerufen am 11. September 2024 unter <https://www.programmafidi2022.it/cultura-e-bellezza-il-nostro-rinascimento/>
- Freedom House. (2024). *Turkey: Freedom in the World 2024 Country Report*. Freedom House. <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2024>
- Garner, R.-P. (2022). Nationalism. In *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.2039>
- Gellner, E. (1983). *Nations and nationalism*. Oxford: Blackwell.
- Giuffrida, A. (2024, May 6). Rai journalists strike over 'suffocating control' by Meloni's government. *The Guardian*. Abgerufen am 12. August 2024 unter <https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/06/italy-rai-journalists-strike-giorgia-meloni-government>
- Hobsbawm, E. J. (1990). *Nations and nationalism since 1780: Programme, myth, reality*. Cambridge University Press.
- Hoffman, M., Werz, M., & Halpin, J. (2018, February 11). Turkey's 'New Nationalism' Amid Shifting Politics. *Center for American Progress*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.americanprogress.org/article/turkeys-new-nationalism-amid-shifting-politics/>
- Institut français. (n.d.). *Qui sommes-nous ? | Institut français*. Abgerufen am 6. September 2024 unter <https://www.institutfrancais.com/fr/qui-sommes-nous>
- Karsit, I. (2024, August 15). Turkey's Far Right Has Already Won. *Foreign Policy*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://foreignpolicy.com/2022/07/12/turkeys-far-right-has-already-won/>
- Kirby, P. (2023). Erdogan: Turkey's all-powerful leader of 20 years. *BBC News*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.bbc.com/news/world-europe-13746679>
- Knudsen, E. (2021a). *Turkey: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/ecp.2021.099>
- Knudsen, E. (2021b). *United Kingdom: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/ecp.2021.030>
- Knudsen, E. (2024). *United States of America: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/994>
- Knudsen, E., & Markovic, D. (2021). *Germany: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/ecp.2021.018>
- Labour Party. (2024). Abgerufen am 12. August 2024 unter *Change—Labour Party Manifesto 2024*. <https://labour.org.uk/wp-content/uploads/2024/06/Change-Labour-Party-Manifesto-2024-large-print.pdf>
- Lammy, D. (2024). *Transcript—David Lammy: Keynote Speech at IfG*. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/sites/default/files/2024-05/david-lammy-keynote-ifg-diplomacy-170524.pdf>
- Lin, J. C. (2024). The Rising China is Not a 'Sick Man' Anymore: Cultural Nationalism in the Xi Jinping Era. *Journal of Contemporary China*, 33(145), 83–100. <https://doi.org/10.1080/10670564.2023.2214513>

- Lowen, M. (2024). *Italy's PM says fascism is 'consigned to history'. Not everyone is so sure*. BBC News. Abgerufen am 13. August 2024 unter <https://www.bbc.com/news/articles/cljj4j84r9go>
- Luchenko, K. (2024, March 1). *Conservatism by decree: Putin as a figurehead for the global far-right*. ECFR. Abgerufen am 12. August 2024 unter <https://ecfr.eu/article/conservatism-by-decree-putin-as-a-figurehead-for-the-global-far-right/>
- Mahbubani, K. (2019). *What China Threat?: How politics destroyed contemporary art*. Harper's Magazine, February 2019. Abgerufen am 23. November 2024 unter <https://harpers.org/archive/2019/02/what-china-threat/>
- Markovic, D., & Winkler, K. (2021). *Italy: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/ecp.2021.026>
- MHP. (n.d.). *Culture and Art*. Abgerufen am 14. August 2024 unter [https://www.mhp.org.tr/htmldocs/mhp\\_en/2761/party-program/culture-art.html](https://www.mhp.org.tr/htmldocs/mhp_en/2761/party-program/culture-art.html)
- Ministère de la Culture. (2022, October 4). *Vademecum of the collective share of the Culture pass*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.culture.gouv.fr/Thematiques/education-artistique-et-culturelle/l-eac-pour-s-ouvrir-au-monde/vademecum-de-la-part-collective-du-pass-culture>
- Moosdorf, M. (2023, May 26). AfD: Zur Zukunft der AKBP. *Politik und Kultur*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://politikkultur.de/internationales/afd-zur-zukunft-der-akbp/>
- Namdar, M. (2023). Chapter 8: Media Agencies. In *Mandate for Leadership* (Vol. 9). The Hertitage Foundation. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://static.project2025.org/2025\\_MandateForLeadership\\_CHAPTER-08.pdf](https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_CHAPTER-08.pdf)
- Nye, J. (2009). *Joe Nye on the Obama Administration: "Combining hard and soft power and projecting a sense of vision and a sense of hope."* [Audioaufnahme]. The American Academy of Political & Social Science. <https://www.aapss.org/joe-nye-on-the-obama-administration-combining-hard-and-soft-power-and-projecting-a-sense-of-vision-and-a-sense-of-hope/>
- Oltermann, P. (2023, November 14). Italy's far right embraces Middle-earth as PM opens Tolkien show. *The Guardian*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/14/italian-pm-giorgia-meloni-to-open-jrr-tolkien-exhibition>
- Oltermann, P. (2024, October 15). Roberto Saviano to appear at Frankfurt book fair despite Italy delegation's snub. *The Guardian*. Abgerufen am 9. Oktober 2024 unter <https://www.theguardian.com/books/2024/oct/15/roberto-saviano-appear-frankfurt-book-fair-despite-italy-delegation-snub>
- Oltermann, P., & Tondo, L. (2023, November 18). Venice Biennale's new, rightwing director has art world guessing. *The Guardian*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.theguardian.com/artanddesign/2023/nov/18/venice-biennale-rightwing-director-pietrangelo-buttatuoco>
- Pecqueur, A. (2024, July 1). *Melonis Kulturkampf*. Le Monde Diplomatique. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6020401>

- Perrin, T., & Delvainquière, J.-C. (2023). *France: Short country profile*. [https://www.culturalpolicies.net/wp-content/uploads/pdf\\_short/france/France\\_short\\_10\\_2023.pdf](https://www.culturalpolicies.net/wp-content/uploads/pdf_short/france/France_short_10_2023.pdf)
- Perrin, T., Delvainquière, J.-C., & Guy, J.-M. (2016). *Country Profile: France*. Association of the Compendium of Cultural Policies and Trends. [https://www.culturalpolicies.net/wp-content/uploads/pdf\\_full/france/france\\_112016.pdf](https://www.culturalpolicies.net/wp-content/uploads/pdf_full/france/france_112016.pdf)
- Rassemblement National. (n.d.). *PROJET POUR LA FRANCE DE MARINE LE PEN. LE PATRIMOINE*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://rassemblementnational.fr/documents/projet/projet-le-patrimoine.pdf>
- Rassemblement National. (2024). *Bardella Premier Ministre. UN PROJET, UNE MÉTHODE*. Abgerufen am 12. August 2024 unter <https://rassemblementnational.fr/documents/202406-programme.pdf>
- Reform UK. (2024). *Reform UK: Our Contract with You*. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://assets.nationbuilder.com/reformuk/pages/253/attachments/original/1718625371/Reform\\_UK\\_Our\\_Contract\\_with\\_You.pdf?1718625371](https://assets.nationbuilder.com/reformuk/pages/253/attachments/original/1718625371/Reform_UK_Our_Contract_with_You.pdf?1718625371)
- Rij, A. van. (2024, April 11). The pro-Putin far right is on the march across Europe – and it could spell tragedy for Ukraine. *The Guardian*. Abgerufen am 11. August 2024 unter <https://www.theguardian.com/commentisfree/2024/apr/11/putin-far-right-europe-ukraine-eu-slovakia-russian>
- Roberts, H. (2024, May 27). *Meloni smells an opportunity to reshape Europe with the right—And Italy—In charge*. POLITICO. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.politico.eu/article/giorgia-meloni-far-right-majority-eu-elections-reshape-europe-italy/>
- Skinner, K. (2023). Chapter 6: Department of State. In *Mandate for Leadership: The Conservative Promise* (Vol. 9). The Heritage Foundation. Abgerufen am 6. September 2024 unter [https://static.project2025.org/2025\\_MandateForLeadership\\_CHAPTER-06.pdf](https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_CHAPTER-06.pdf)
- Sokolowska, P. (2013). "Soft Power" in the Promotion of Germany's Political and Economic Interests. In *The Polish Quarterly of International Affairs*; Warsaw Bd. 22, Ausg. 2: 94-110. Abgerufen am 11. August 2024 unter <https://www.proquest.com/docview/1509100545?fromopenview=true&pq-origsite=gscholar&sourcetype=Scholarly%20Journals>
- Spaziante, M. (2023, May 25). Rai, dal CdA via libera alle nomine: Chiocci al Tg1, Volpi a RaiSport. *Calcio e Finanza*. Abgerufen am 14. August 2024 unter <https://www.calcioefinanza.it/2023/05/25/rai-direttori-canali-chiocci-tg1-volpi-raisport/>
- Stalinsky, S. (2019, November 12). Opinion | This Turkish TV network is Erdogan's propaganda arm. U.S. experts should stop appearing on it. *Washington Post*. Abgerufen am 14. August 2024, unter <https://www.washingtonpost.com/opinions/2019/11/12/how-us-can-send-message-erdogan-free-press/>
- Thumann, M. (2020). *Der neue Nationalismus: Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie*. : Berlin: Die Andere Bibliothek.

- Walker, C., & Ludwig, J. (2017). *From “Soft Power” to “Sharp Power”: Rising Authoritarian Influence in a Democratic World* (Sharp Power and Democratic Resilience). National Endowment for Democracy. <https://www.ned.org/wp-content/uploads/2017/12/Introduction-Sharp-Power-Rising-Authoritarian-Influence.pdf>
- Yang, Y. (2023). *China: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/672>
- Yang, Y. (2024). *Russian Federation: Country Report* (The External Cultural Policy Monitor). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). <https://doi.org/10.17901/1027>
- Yeşilada, B. A. (2023). The AKP, religion, and political values in contemporary Turkey: Implications for the future of democracy. *Turkish Studies*, 24(3–4), 593–616. <https://doi.org/10.1080/14683849.2023.2186784>
- Zheng, D. (2019). Modern Chinese nationalism and the awakening of self-consciousness of the Chinese Nation. *International Journal of Anthropology and Ethnology*, 3(1), 11. <https://doi.org/10.1186/s41257-019-0026-6>



## Anhang: Protokoll der Veranstaltung

### Navigating new nationalisms: A new direction for international cultural relations?

Die Veranstaltung zur Vorstellung und Diskussion über den Bericht „Navigating new nationalisms: A new direction for international cultural relations?“ fand am 30. Oktober 2024 an der Hertie School statt. Nach einer Präsentation des Berichts durch Professor Helmut K. Anheier, stellte die ehemalige Deutschlandfunk-Journalistin und Moderatorin der Podiumsdiskussion, Annette Riedel, die Diskussionsteilnehmenden des Abends vor: Prof. Arjun Appadurai (Professor Emeritus, Hertie School & New York University und Gastprofessor, Humboldt Universität), Gitte Zschoch (Generalsekretärin ifa – Institut für Auslandsbeziehungen), Dr. habil. Elsa Tulumets (Wissenschaftlerin, Centre Marc Bloch, Humboldt Universität und Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)) und Hanna Radziejowska (Direktorin Pilecki-Institut Berlin/Instytut Pileckiego in Berlin). Im Anschluss an die Podiumsdiskussion und Fragen aus dem Publikum sprach Hagen Schulz-Forberg (Universität Aarhus) das Schlusswort.

Eine vollständige Livestream-Aufnahme der Veranstaltung ist online verfügbar.<sup>11</sup>

#### Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Zu Beginn der Diskussion fragte Annette Riedel die Teilnehmenden, wie sich der wachsende Einfluss des Nationalismus auf die auswärtige Kulturpolitik ihrer Meinung nach in ihrem Land bemerkbar mache. Gitte Zschoch hob hervor, dass sich die Situation in Deutschland beispielsweise von der in Italien unterscheide, weil das „arm's length“-Prinzip im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik Mittlerorganisationen weitreichende Eigenständigkeit einräume. Innerhalb dieser Konstellation könne die Regierung laut Gitte Zschoch zwar keinen direkten Einfluss auf das ifa oder andere Mittlerorganisationen ausüben, allerdings orientiere sich das ifa bei seiner Arbeit an den aktuellen Diskursen im Land. Der wachsende Einfluss des Nationalismus mache sich beispielsweise in Form von „Kulturkriegen“ bemerkbar. Sie nannte zwei Beispiele für Erfahrungen des ifa mit diesem Phänomen: Die Dialogplattform Qantara<sup>12</sup> und der Beitrag des Deutschen Pavillons auf der Biennale Arte di Venezia 2024<sup>13</sup>. „Plattformen für den kulturellen Austausch stehen aktuell im Fokus“, und der spannungsreiche Diskurs über ihre Arbeit trage bei den Institutionen zu einem Gefühl der Unsicherheit bei. „Aktuell sind wir darum bemüht, unsere Resilienz zu stärken“, sagte Gitte Zschoch. Mit Blick auf das Verhältnis Frankreichs zum Nationalismus merkte Elsa Tulumets an, dass die Lehren aus der Vergangenheit in Frankreich, insbesondere in den südlichen und südwestlichen Regionen, noch immer allgegenwärtig seien. Sie hob hervor, dass der nationalistische Diskurs zudem einflussreiche Gegenstimmen hervorgebracht habe.

---

<sup>11</sup> <https://www.youtube.com/live/26DghFmcEiQ>

<sup>12</sup> <https://www.ifa.de/pressemitteilung/das-ifa-setzt-ab-1-juli-2024-die-dialogplattform-qantara-de-um/>

<sup>13</sup> <https://www.ifa.de/kunst/deutscher-pavillon-venedig-biennale/>

Auf die Frage nach den langfristigen Auswirkungen der beiden PiS-Regierungen auf Polens nationale und auswärtige Kulturpolitik stellte Hanna Radziejowska fest, der aktuelle Nationalismus in Polen sei keine „neue“ Form des Nationalismus, sondern vielmehr ein alter Nationalismus und im Falle Russlands nichts anderes als Imperialismus. Sie betonte nachdrücklich, dass sich Soft-Power-Lösungen in Friedenszeiten zwar anböten, in Kriegszeiten jedoch an Wirkung verlören, wie es derzeit in der Ukraine und Russland der Fall sei. Hanna Radziejowska betonte, dass die Unterstützung der Ukraine eine wesentliche Voraussetzung dafür sei, die Demokratie in Europa zu schützen.

Arjun Appadurai warf einen kontrastierenden Blick auf nationalistische Bewegungen außerhalb Europas. Er merkte an, dass die Demokratie in Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, durch den Hindu-Nationalismus ausgehöhlt werde. Aus seiner Sicht habe Kultur in der heutigen Welt ein so großes Gewicht, dass das Konzept der Soft Power sie möglicherweise nicht in ihrer ganzen Bedeutung erfassen könne, da Kultur auch einen Einfluss auf Medien, Kommunikation und Information ausübe. „Kultur macht deutlich, wie das Wesen der Welt an unterschiedlichen Orten wahrgenommen wird, wie mit Informationen umgegangen wird, Meinungen gebildet werden, der öffentliche Raum gestaltet wird“, stellte er fest. Er bekräftigte den Stellenwert der Kultur als „Ort, an dem die großen globalen Fragen der heutigen Zeit beantwortet und gelöst oder verloren und aufgegeben werden“.

Anschließend widmete sich Moderatorin Annette Riedel dem Verhältnis zwischen Künstler:innen und Nationalist:innen. Sie stellte die Hypothese auf, dass autokratische und nationalistische Kräfte, die die Kreativität und „Unangepasstheit“ von Kunstschaffenden und Mitarbeitenden von Kulturinstitutionen fürchteten, vermutlich recht in der Annahme gingen, dass Menschen im Kultursektor und in der Kunstwelt nationalistischen Ideen ablehnten. Sie fragte die Diskussionsteilnehmenden, wie Akteur:innen der auswärtigen Kulturpolitik vor diesem Hintergrund Beziehungen zu Kunst- und Kulturschaffenden aufrechterhalten könnten, ohne den Eindruck zu vermitteln, die Opposition zu unterstützen oder „mit der Politik verbandelt“ zu sein? Um nicht in Propaganda zu verfallen, schlug Elsa Tulmets eine Lösung vor, auf die sie in Gesprächen mit Studierenden gekommen sei, nämlich jeder Person ihren eigenen künstlerischen Ausdruck zu ermöglichen – aus der Vielfalt selbst würde sich dann das nötige Gegengewicht ergeben.

Gitte Zschoch widersprach der These aus Annette Riedels Fragestellung. Das ifa arbeite mit Kunstschaffenden und der Zivilgesellschaft und nicht mit der Politik zusammen. Mit anderen Worten sei das ifa im vorpolitischen Raum als nichtpolitischer Akteur tätig. Dies sei eine wichtige Eigenschaft einer nach dem „arm’s length“-Prinzip agierenden Organisation. In vielen Ländern mit autokratischen Regimen habe es schon immer eine Diskrepanz zwischen den auf der politischen Bühne und in Organisationen wie dem ifa vertretenen Werten gegeben. Während diese Länder immer zahlreicher würden, bemühten sich die Akteur:innen der auswärtigen Kulturpolitik im Hintergrund darum, sichere Räume zu schaffen und zu schützen.

Annette Riedel merkte an, die Imagekampagnen eines Landes könnten aus der Sicht eines anderen Landes wie Propaganda anmuten und umgekehrt. Hanna Radziejowska erinnerte

daraufhin an die Kulturbeziehungen zwischen Dresden und Moskau<sup>14</sup> als Beispiel für den Einsatz von Soft Power durch einen autokratischen Staat. Sie stellte zudem fest, dass die mangelnde Einbeziehung mittel- und osteuropäischer Kulturen – wie der polnischen, ukrainischen, belorussischen, baltischen – in den breiteren europäischen Diskurs auf den (Neo)Kolonialismus zurückzuführen sei. „Wir müssen uns dekolonisieren und die Subjektivität verschiedener Ländern [in Osteuropa] anerkennen“, betonte sie.

Mit Bezug auf die These von Anette Riedel schlug Arjun Appadurai vor, den Kulturbegriff als solches grundlegend zu überdenken: „Bei Kultur geht es ohne Zweifel in Teilen auch um Vergangenheit, Geschichte, Tradition, Erinnerung, Bräuche... Aber es geht auch um die Zukunft. Jede Gesellschaft hat eine Vision von der Zukunft.“ Ferner stellte er fest: „Wenn wir uns gewohnheitsmäßig mit Kultur aus einer Zukunftsperspektive auseinandersetzen, berauben wir die nationalistische Sicht auf Kultur ihrer Grundlage“, die, wie er in Erinnerung rief, in Visionen der Vergangenheit verankert sei. Mit diesem Perspektivwechsel könnten neue Räume für den Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen geschaffen werden. Kunstschaaffende spielten in dieser neuen Konstellation eine zentrale Rolle, denn sie würden neue Dinge erdenken und schaffen und demzufolge mit Möglichkeiten arbeiten.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion bat Anette Riedel die Teilnehmenden um ihre Meinung zu den Empfehlungen des Autor:innen des Berichts für eine Stärkung der Resilienz der auswärtigen Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang verwies sie insbesondere auf die Empfehlung für eine „bessere Koordinierung zwischen den Institutionen der auswärtigen Kulturbeziehungen“ und fragte, wo die Grenzen für einen Schutz dieser Institutionen lägen. Wäre beispielsweise ein Verfahren wie das laut „Artikel V“ des NATO-Vertrags<sup>15</sup> denkbar? Anders gesagt, würde ein Angriff auf eine Kultureinrichtung als Angriff auf alle Institutionen gewertet? Gitte Zschoch merkte an, dass es keines Verfahrens bedürfe. Stattdessen seien Dialogräume notwendig. Sie empfahl ferner, die Institutionen müssten voneinander lernen – beispielsweise von polnischen Kultureinrichtungen, die am eigenen Leib Erfahrungen mit nationalistischen Regierungen gemacht hätten. Anschließend ging Anette Riedel auf einen Vorfall bei der Frankfurter Buchmesse 2024<sup>16</sup> ein, den sie als Beispiel für Solidarität zwischen Kunstschaaffenden und einen kämpferischeren Ansatz zum Schutz von Kulturbeziehungen vor dem Einfluss nationalistischer Kräfte wertete.

<sup>14</sup> Zwischen Dresden (wo Putin in den letzten Jahren der Sowjetunion lange als KGB-Offizier stationiert war) und Moskau gab es langjährige Kulturbeziehungen, beispielsweise die Anerkennung, die Putin für seinen Beitrag zum sächsisch-russischen Kulturaustausch 2009 erhielt (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/putin-in-dresden-eine-nacht-mit-dem-heiligen-georg-1751682.html>, abgerufen am 4. November 2024) oder eine gemeinsame Romantik-Ausstellung in beiden Städten im Jahr 2021 (siehe: *Romantik-Ausstellung in Moskau und Dresden – ein Höhepunkt kultureller Zusammenarbeit* <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/russischefoederation-node/romatik-ausstellung/2487208>, abgerufen am 4. November 2024).

<sup>15</sup> [https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics\\_110496.htm#:~:text=Article%20%20provides%20that%20if,to%20assist%20the%20Ally%20attacked](https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_110496.htm#:~:text=Article%20%20provides%20that%20if,to%20assist%20the%20Ally%20attacked) (Abgerufen am 15. November 2024).

<sup>16</sup> Der Vorfall bezieht sich auf die Abwesenheit des einflussreichen Autors Roberto Saviano in der italienischen Delegation; angesichts der heftigen Kritik Savianos an der Regierung von Ministerpräsidentin Meloni sahen viele andere Schriftsteller:innen darin einen Akt der Zensur und zogen ihre Teilnahme aus Solidarität mit ihrem Kollegen zurück. <https://www.theguardian.com/books/2024/oct/15/roberto-saviano-appear-frankfurt-book-fair-despite-italy-delegation-snob> (Abgerufen am 15. November 2024)

Elsa Tulmets fügte hinzu, die Koexistenz vieler verschiedener europäischer Identitäten erschwere ein Denken in nationalistischen Begriffen; Europäische Schulen wie die Deutsch-Französischen Schulen leisteten einen Beitrag zur Förderung dieser Koexistenz. Bereits bestehende bilaterale, trilaterale, quadrilaterale Beziehungen im Kultursektor könnten ausgebaut werden.

Arjun Appadurai verwies auf die Notwendigkeit, dass „Narrativ zu beherrschen“, damit es nicht von rechtsextremen, antidemokratischen Kräften in aller Welt dominiert werden könne. Aus seiner Sicht leiste der Wert der „Gemeinschaft“ einen wesentlichen Beitrag, um Nationen oder verschiedene kulturpolitische Strömungen in einen Dialog miteinander zu bringen. Mit Blick auf Narrative und kulturelle Identität erinnerte Hanna Radziejowska an die Lage in Belarus, wo das Lukaschenko-Regime Bürger:innen dafür verhaftete, ihre belarussische Identität zum Ausdruck zu bringen.<sup>17</sup> Sie verwies erneut darauf, dass der Schutz europäischer Werte auch ukrainisches Leben umfasse.

Anschließend forderte die Moderatorin das Publikum auf, Fragen zu stellen. Als Antwort auf eine Frage von Prof. Joanna Bryson von der Hertie School regte Annette Riedel an, Integration auf europäischer Ebene nicht als Aufgabe, sondern als Teilen der Eigenständigkeit zu betrachten, um auf diese Weise mehr Einfluss auf der internationalen Bühne zu erlangen. Auf einen Kommentar aus den Reihen der Studierenden, die Notwendigkeit der Globalisierung könne abgewägt werden, um nicht das Eigeninteresse der Nationen zu wecken, erwiderte Arjun Appadurai, der Rechtsruck habe viel mit der Differenz zwischen dem angestrebtem und dem gegenwärtigem Status zu tun. Jede interkulturelle Beziehung müsse auf Dialog ausgerichtet sein, der jedoch häufig als Beruhigungsmittel zum Einsatz käme. Ein solcher Dialog müsse sich auch mit heiklen und nicht nur mit unproblematischen Themen befassen. Gitte Zschoch verwies auf das CrossCulture Programm des ifa<sup>18</sup> und wie wichtig Resilienz für ihre Organisation sei, um diese Arbeit fortführen zu können.

## Schlusswort

Hagen Schulz-Forberg sprach das Schlusswort zu dieser Veranstaltung, das im nächsten Abschnitt ausführlicher behandelt wird. Er hob hervor, dass es in der Kulturpolitik nicht um das Lesen von Büchern oder das Anschauen von Filmen, sondern um Macht und Werte und um den Einsatz dieser Macht gehe. Dessen ungeachtet sei auch die kulturelle Soft Power eine Macht. In vielen Ländern sei die auswärtige Kulturpolitik nur noch ein politisches Mittel und mit Ideologie, Propaganda und politischen Aktionen aufgeladen. Er wies zudem darauf hin, dass die nationalistischen Kräfte ihre Visionen und Strategien mit soliden Finanzmitteln äußerst klug umsetzten. Auf diese Weise könnten sie die Deutungshoheit unterwandern und sich den Anschein einer fortschrittlichen Kraft geben. Rechtsextreme seien in der Lage, mit Narrativen ihr illiberales Vorgehen zu rechtfertigen, beispielsweise wenn Russland seinen Einmarsch in der Ukraine mit einem konstruierten Narrativ legitimieren will. In diesem Sinne gehe es bei den neuen Formen des Nationalismus nicht nur um die Vergangenheit, sondern darum, falsch

<sup>17</sup> <https://euneighbourseast.eu/news/latest-news/belarusian-sovereignty-and-identity-are-increasingly-under-threat-says-eu-on-4th-anniversary-of-fraudulent-presidential-elections/>

<sup>18</sup> <https://www.ifa.de/en/funding/crossculture-programme/>

konstruierte nostalgische Narrative mit einer angeblichen Opferrolle zu einer Vision für die Zukunft zu verknüpfen. Die kulturpolitischen Akteur:innen liberaler Demokratien müssen darauf schnellstmöglich mit einem entgegengesetzten und überzeugenden Zukunftsnarrativ antworten.

## Schlusswort: Überlegungen zum aktuellen Einfluss des Nationalismus auf die auswärtige Kulturpolitik

*Von Hagen Schulz-Forberg*

### Ein Blick auf die neuen Nationalismen

Es ist spät. Es ist fünf vor zwölf! – Dies ist vermutlich eine der am häufigsten verwendeten Metaphern, um die äußerste Dringlichkeit einer Situation deutlich zu machen und die Menschen zum Handeln zu bewegen. Doch nach der Lektüre des Berichts von Helmut Anheier und Edward Knudsen und angesichts der aktuellen historischen Ereignisse drängt sich ein anderes, möglicherweise passenderes Bild auf: Das Bild von einer neuen Landschaft politisch verwurzelter Nationalismen im trüben Licht eines neuen Tages – an dem wir zu spät aus dem Bett kommen. Der klare Sieg von Donald Trump Anfang November 2024 bestärkt dieses Gefühl. Nun wird auch die mächtigste Nation der Welt (erneut) einer klar nationalistischen Agenda folgen. Kritische Stimmen mögen sagen, die USA hätten schon immer im Eigeninteresse und nach imperialistischen Beweggründen gehandelt. Doch mit der Rückkehr von Trump manifestieren sich die neuen Nationalismen weltweit als politisches Phänomen, das in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur stetig zugenommen, sondern sich auch fest etabliert hat. Dieser Nationalismus geht häufig, aber nicht immer, mit einem Populismus einher, der sich auf eine Führungsperson mit autoritären Neigungen stützt. Die Personalisierung der Parteipolitik ist allerdings nicht ausschließlich eine rechtsextreme Erscheinung. Ein Beispiel ist das linksgerichtete politische Phänomen des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Deutschland.

Mindestens seit Silvio Berlusconi in den 1990er-Jahren besteht die politische Strategie populistisch-nationalistischer Kräfte darin, die Schuld im System zu suchen: In einem strukturlosen, undefinierten, sehr mächtigen Staat im Staate, der sich offenbar dennoch bewährt hat und von einer Elite beherrscht wird, die dieselben Werte teilt, dieselben Universitäten besucht, die Medien und die Kulturlandschaft im Wesentlichen kontrolliert und keinen Blick für die „echten Menschen“, die „normalen Menschen“ und deren traditionelle Werte hat. Zu dieser Strategie gehört auch, dass grundlegende liberale Konzepte neu definiert werden, nämlich als von politischen Interessen bestimmt und ausschließlich denjenigen vorbehalten, die anders denken, die also parteiisch sind trotz ihres Anspruchs auf Überparteilichkeit, die im Dienste der Elite und ihrer Manipulation des öffentlichen Raums stehen.

Nationalistische Kräfte wenden sich verstärkt nativistischen Auslegungen der nationalen Identität zu und definieren im Zuge dessen auch Kultur und Diversität aus ihrer Perspektive neu. Kultur wird Teil eines Narrativs von der nationalen Opferrolle – das davon ausgeht, dass die angeblich „wahre Kulturnation“ in Gefahr ist, von einer abgehobenen, eigennützigen Elite untergraben zu werden – und Diversität wird von nationalistischen Kräften nunmehr als exklusiv anstelle von inklusiv interpretiert. Den liberalen Verfechter:innen kultureller Vielfalt wird vorgeworfen, anderen ihre nationale Identität und ihre traditionellen Werte abzusprechen. Auch Russland beruft sich auf Vielfalt mit dem Argument, dass es sich selbst vor einer

Expansion von außen und deshalb die weltweite Diversität davor schützen müsse, vom Westen in Gesellschaften nach dessen Vorbild verwandelt zu werden. Da verwundert es nicht, dass die Strategien nationalistischer Parteien in Regierungsverantwortung in erster Linie einwanderungsfeindlich und familienfreundlich sind, wie es bei der polnischen PiS-Regierung der Fall war und wie die erste Erklärung der neuen niederländischen Regierung zu Jahresbeginn gezeigt hat. Sie sind natürlich eine Familie mit nationaler Gesinnung.

Wo nahm diese Entwicklung ihren Lauf? Auf diese Frage gibt es noch immer viele Antworten. Vor allem aber ist zu bedenken, dass mit dem Triumph der liberalen Demokratie im späten 20. Jahrhundert ein Narrativ verbunden war, das nationalistische und populistische Strömungen auf merkwürdige, aber sicherlich vorübergehende, politische Randerscheinung reduzierte. Ein nüchterner Blick auf die Gesamtsituation macht zudem deutlich, dass die heutigen Formen des Nationalismus und Populismus ihre Wurzeln in der zeitgenössischen Geschichte haben, die mindestens bis in die frühen 1990er-Jahre zurückreicht. Damals veränderten die Freiheitliche Partei Österreichs und die Dänische Volkspartei den Sprachgebrauch in ihren Ländern, der französische Front National machte sich mit der Zeit das Gedenken an die beiden wichtigsten Symbolfiguren der französischen Nation, Jeanne d'Arc und Marianne, zu eigen. Der Präsident des AC Mailand wurde nach dem Zusammenbruch des etablierten Parteiensystems im Anschluss an die Mani-pulite-Untersuchungen zum ersten Mal Ministerpräsident von Italien. Viele betrachteten Berlusconi damals vor allem als fast schon komischen Fehler der Geschichte in einem Prozess, der darauf ausgerichtet war, Gegenwart und Zukunft über eine fast schon naturgegebene Ausdehnung der europäischen Integration, eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und das Festhalten an liberalen Wertvorstellungen, dem damit verbundenen Wirtschaftssystem und der weltweiten Demokratie zu erklären. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Europäischen Union im Jahr 1993, und die Mittel- und Osteuropäischen Länder strebten alle danach, sich ihren westlichen Partnern gemäß den im selben Jahr festgelegten Kopenhagener Kriterien anzuschließen. Ein Immobilien- und Medienmogul, der früher in den Sommermonaten auf Kreuzfahrtschiffen sang und einen Fußballclub besaß, passte wohl kaum in das Bild eines globalen Triumphalismus der liberalen Demokratie. Und doch konnte sich Berlusconi etwas länger als neun Jahre behaupten und war damit der am längsten amtierende italienische Ministerpräsident seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – trotz einer langen Liste von Skandalen und einem problematischen Verhältnis zum Rechtsstaat. Heute ist es einem weiteren Immobilien- und Medienmogul mit einem problematischen Verhältnis zum Rechtsstaat gelungen, sich ein Image als Mann des Volkes, als nicht-elitärer Außenseiter zu geben, der schwört, sein Land zu retten und Amerika, das wahre Amerika, wieder groß zu machen. Außerdem ist ihm – im Anschluss an eine „Präsidentenschaftslücke“ – zum ersten Mal seit 1892 eine Wiederwahl gelungen, bei der sich die Republikaner sogar die Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat sichern konnten.

## Kultur und Macht

Es ist also in der Tat höchste Zeit, wenn uns Anheier und Knudsen daran erinnern, dass Kulturpolitik inzwischen zu einem Instrument der Machtpolitik geworden ist. Dabei verknüpfen sie ihr Verständnis von Kulturpolitik möglicherweise unbewusst mit Begriffen wie „Soft Power“, „Ideologie“ und „Propaganda“, die sie nahezu synonym verwenden. Historisch betrachtet waren die Erwartungen im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik in erster Linie an

Dialog, Zusammenarbeit, Kunst und Literatur geknüpft. Sie galt als unpolitische Möglichkeit, Beziehungen zwischen Gesellschaften zu gestalten und friedensfördernde Strukturen der gegenseitigen Verständigung zu schaffen. Heute wird den Konfuzius-Instituten oder der Russkiy-Mir-Foundation Propaganda in westlichen Gesellschaften vorgeworfen. Sie stehen in der Kritik, weil sie an ihren Standorten offenbar nicht nur nicht zur Verständigung zwischen unterschiedlichen Gesellschaften und Weltansichten beitragen, sondern sogar bewusst die Normen und Ansichten der Länder untergraben, in denen sie ansässig sind. Erst vor kurzem kam heraus, dass das Al-Mustafa-Institut in Berlin dem iranischen Regime verdächtig nahe stehen und aktiv gegen die deutsche Verfassung agieren soll.

Russland dagegen hat zahlreiche ausländische NGO und Organisationen offen als „unerwünscht“ und „ausländische Agenten“ bezeichnet, weil sie Russlands Sicherheit gefährden. Infiltrieren westliche auswärtige Kultureinrichtungen andere Nationen mit ausländischen Ideologien? Steht es uns zu, anderen vorzuwerfen, Kultur als Propagandamittel zu missbrauchen? Ist die Förderung liberaler Demokratien nicht dasselbe in umgekehrter Richtung? Diese provokante Frage hat Helmut Anheier im Anschluss an seinen nachdenklich stimmenden Vortrag an das überraschte Podium gerichtet. Wie lässt sich in von Krieg, Misstrauen und extremem Nationalismus geprägten Zeiten das „arm's length“-Prinzip aufrechterhalten? Es ist scheinbar unmöglich, in dieser Frage Stellung zu beziehen.

Kultur bedeutet Macht. Die neue Politik wird von Werten geleitet: Dabei geht es eher um die Bekräftigung ausschließender Identitäten, also um die Einladung zum Dialog über mögliche Gemeinsamkeiten. Vielleicht gab es einmal die Vorstellung von einer kulturellen Semantik, die als „Soft Culture“ (gegenseitiges Verständnis, Dialog, gemeinsame Interessen) bezeichnet werden konnte. Doch die Verbindung zur Propaganda, die Anheier und Knudsen herstellen, führt uns klar vor Augen, dass wir in Zeiten einer „Hard Culture“ leben. Genauso ist heute auch die „Soft Power“ alles andere als weich. Darüber hinaus hat sie für sich genommen auch keinerlei strategischen Einfluss. Russlands „Soft Power“ – rund um das Kernkonzept der Russischen Welt „Russki Mir“ – funktioniert wie ein strategisch platziertes Pendant zur Hard Power, indem sie den Einsatz militärischer Gewalt in einem neuen geopolitischen Konflikt legitimiert.

Inzwischen ist die Kulturpolitik nahezu untrennbar mit der Identitätspolitik verbunden. Daher rührt auch die Überschneidung mit Begriffen wie „Ideologie“, „Propaganda“ und „Soft Power“. In der Identitätspolitik spielt die Geschichte eine entscheidende Rolle für die Konstruktion von Narrativen, die der Legitimation politischer Aktionen dienen. Oder vielmehr die Nutzung der Geschichte – einige sprechen heute im Zusammenhang mit den historischen Konstruktionen Russlands sogar von einer „Militarisierung der Geschichte“. Im Mittelpunkt dieser von Putin gesteuerten Konstruktionen steht Russki Mir. Die russische Welt bildet die Grundlage kultureller Austauschprojekte. Die bereits erwähnte Russkiy-Mir-Foundation fördert Kultureinrichtungen in aller Welt. Allerdings dient das Konzept nicht nur als Kommunikationsmittel. Im Wesentlichen bildet es die Basis für ein historisches Narrativ, das politische Aktionen in einem beliebigen Einflussbereich der russischen Welt legitimiert. Russki Mir kennt keine Grenzen. So wie der deutsche Nationalismus im frühen 19. Jahrhundert ein Ordnungssystem war, das sich auf eine gemeinsame Sprache stützte, bezieht sich Russki Mir ebenfalls auf alle außerhalb der Staatsgrenzen lebenden Russ:innen. Das Konzept umfasst die Nation und ihre Angehörigen, auch außerhalb der territorialen Staatsgrenzen.

Uns ist schmerzlich bewusst, wie dieses Konzept nun missbraucht wird, um den russischen Einmarsch in die Ukraine zu legitimieren. Was wäre, wenn man sagen würde, dass Angehörige der „russischen Welt“, beispielsweise in den Baltischen Staaten oder in Georgien, unter so genannten „feindseligen Bedingungen“ leben? Russki Mir funktioniert wie eine zynische Version des UN-Konzepts der Schutzverantwortung, doch es basiert ohne Zweifel auf anderen Kriterien für die Einordnung des Begriffs der „Verantwortung“. Wenn Bedingungen nicht länger tragbar sind, wird die Schutzverantwortung geltend gemacht, um ein Eingreifen in einem anderen Land oder den Schutz der Bürger:innen eines anderen Landes vor seiner Regierung zu legitimieren. Einige vertreten die Ansicht, dass Russland mit der Legitimation des Militärschlags Geschichte als Waffe eingesetzt hat. Andere sind der Meinung, die Geschichte diene hier einer gerechten Sache, weil sich Russland etwas zurückhole, das immer zu Russland gehört habe, aber verloren gegangen sei.

Außerdem propagiere Russland nicht nur sein eigenes Konzept auswärtiger Beziehungen im Kulturbereich, sondern setze sich auch für liberalere Ideen wie Diversität ein. Russland, so wird argumentiert, müsse sich verteidigen, um weltweit eine wahre kulturelle Vielfalt aufrechterhalten zu können. Es müsse die russische Zivilisation vor der dem Westen innewohnenden Logik der Kolonisation und seinem unaufhörlichen imperialen Streben schützen. Russlands Nationalismus spiegelt in vielerlei Hinsicht das wider, was Wjatscheslaw Morozow als „subalternes Imperium“ bezeichnet hat. Einerseits stellt sich das Land als zum Schweigen gebrachter Untergebener dar, der einem angeblich nach Hegemonie und Vereinheitlichung strebenden Westen zum Opfer gefallen ist, und andererseits tritt es gleichzeitig als rücksichtsloses Imperium mit klaren geopolitischen Zielen einer territorialen Expansion auf.

### **Europäische und deutsche Perspektiven**

In den letzten Jahrzehnten ist die Verbindung zwischen Nationalismus und Populismus nicht nur enger geworden, die beiden Strömungen haben sich zudem auch als resilient erwiesen und an Bedeutung gewonnen. Wir dürfen nicht den Fehler begehen, Erscheinungen wie Berlusconi oder Trump als kleine Fehlritte der Geschichte zu betrachten. In Europa besteht die Möglichkeit, den neuen nationalistischen Tendenzen einen europäischen Riegel vorzuschieben und so die Europäische Union nicht nur am Leben zu erhalten, sondern angesichts einer neuen Fragilität der globalen Ordnung nach dem Kalten Krieg auch in ihrer Bedeutung zu stärken. Was Josep Borrell 2020 als Sinatra-Doktrin bezeichnete (wobei er vermutlich vergessen hat, dass dieselbe Bezeichnung einmal eine Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow bezeichnet hat), scheint inzwischen leider die einzige hoffnungsvolle Vision für ein gemeinsames europäisches Vorgehen zu liefern. „We do it our way.“ Dazu gehört eine Neuordnung der europäischen Beziehungen mit transatlantischen und globalen Partnern, insbesondere China. Es impliziert bedauerlicherweise auch, dass die EU mehr aus der Perspektive der ungeliebten nationalistischen Kräfte denken muss.

Innerhalb der EU besteht in mehreren Ländern eine enge Verbindung zwischen Nationalismus und Populismus, wie Anheier und Knudsen in ihrem Bericht zeigen. Die extreme Rechte ist gut aufgestellt. Sie verfügt zudem über eine solide Finanzbasis und eine bessere Vernetzung als die

progressiven Kräfte. In diesem Zusammenhang heben die d die Rolle Deutschlands besonders hervor. Kann das Land den nationalistischen Populismus eindämmen? Aktuell gibt es zwar Anzeichen dafür, dass Deutschland möglicherweise nicht dazu in der Lage ist. Doch gleichzeitig ist Deutschland das letzte Land in Europa, das keinen kompletten Zusammenbruch seines nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Parteiensystems miterleben musste. In allen anderen Ländern, von Italien über Spanien, Frankreich, die Niederlande bis hin zu Dänemark und anderen, gehört die aus zwei großen politischen Parteien oder Lagern bestehende politische Landschaft der Nachkriegszeit der Geschichte an, und die politische Mitte wird langsam aber sicher von den Rändern geschluckt. In den USA und Großbritannien gibt es zwar (im Wesentlichen) noch das Zweiparteiensystem, allerdings wurde dort jeweils eine Partei von radikalen Nationalisten gekapert – die Tories und die Republikaner sind kollabiert, nicht das gesamte Parteiensystem. In Deutschland sind zum Teil ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl Anfang 2025 schaffen es möglicherweise nur fünf Parteien ins Parlament, wie es bei vorgezogenen Neuwahlen schon mehrmals der Fall gewesen ist. Doch nach dieser Wahl könnte es die Die Linke und die FDP treffen, während die AfD und der BSW ins Parlament einziehen. Nichtsdestotrotz gibt es in der deutschen Politik eine klare parlamentarische Mehrheit im politischen Zentrum, mit Parteien, die für das politische Erbe der alten Bundesrepublik Deutschland stehen. Dies ist ungeachtet der jüngsten Dambrüche und einer fehlenden Einbindung des ostdeutschen politischen Erbes eine bemerkenswerte Errungenschaft im Vergleich zu Deutschlands europäischen Nachbarn.

Und trotzdem ist Deutschlands Widerstandsfähigkeit machtlos gegenüber einem veränderten globalen Umfeld. Heutzutage ist eine auf liberalen Normen basierende Weltordnung nur schwer vorstellbar, wenn nicht sogar völlig undenkbar. Die Nationalismen der heutigen Zeit sind nicht für eine globale Vision gemacht, sondern nur für separate, nebeneinander bestehende, gegensätzliche globale Visionen. Als Folge des Kriegs in der Ukraine mag es zwar ein neues Bündnis aufstrebender außenpolitischer Falken aus der westlichen Welt geben, doch die setzen letztlich auch eher auf Spaltung als auf Inklusion und auf die Verwirklichung von Frieden durch Stärke.

Anheier und Knudsen verweisen auf progressive nationalistische Strömungen des 19. Jahrhunderts und auf die populistisch-nationalistischen Bewegungen der heutigen Zeit und überspringen damit einen Zeitraum, in dem die liberale Demokratie ihren Durchbruch als westliches Regierungsmodell hatte und in dem eine Weltordnung entwickelt und vor allem geprägt wurde, die den Begriff der „Nation“ als unvermeidlich betrachtete: Das Bretton-Woods-System von den späten 1940er- bis zu den frühen 1970er-Jahren. Die Nation war eine feste Größe (so viel war damals schon klar), doch um die Eigenständigkeit der nationalen Identität zu sichern und gleichzeitig eine friedliche Weltordnung zu fördern, errichtete man Nationalstaaten auf Grundlage normativer, wirtschaftlicher und finanzieller Rahmenbedingungen. Diese internationale Ordnung beruhte laut dem Politikwissenschaftler John Ruggie auf einem „eingebetteten Liberalismus“.<sup>19</sup> Die Entwicklung eines neuen Bretton Woods, einer

<sup>19</sup> Siehe: "International regimes, transactions, and change: embedded liberalism in the postwar economic order" in *International Organization* 36(2), 1982. [https://scholar.harvard.edu/files/john-ruggie/files/international\\_regimes\\_transactions.pdf](https://scholar.harvard.edu/files/john-ruggie/files/international_regimes_transactions.pdf).

gemeinsamen Weltordnung für alle, ist aus heutiger Sicht zwar eine Mammutaufgabe, aber unerlässlich, um dauerhaft Frieden zu schaffen.

### **Die Kontrolle über das Narrativ zurückgewinnen?**

Anheier und Knudsen betonen unter anderem die Notwendigkeit, das Narrativ zu kontrollieren, die Deutungshoheit zurückzugewinnen – und wenn nicht die Hoheit, dann doch zumindest eine kritische, überzeugende Stimme, auf die sich die liberal-demokratische Perspektive stützen und einen semantischen Gegenangriff starten kann. Das ist wahr – und ebenfalls eine Mammutaufgabe. Die zukunftssichere Gestaltung von Institutionen und Verfassungen zum Schutz vor einer möglichen „feindlichen Übernahme“ durch nationalistisch-populistische Kräfte ist ohne Zweifel eine ebenso wichtige Aufgabe. Spracherwerb, der Aufbau europäischer Schulen, die Förderung von Austauschprogrammen, all das hat einen hohen Stellenwert. Doch es ist nicht neu und war wohl ein Projekt für eine Minderheit der Bürger:innen. Nationalistische Kräfte würden sie als „die Elite“ bezeichnen.

Zwei ausgesprochen wichtige Punkte dürfen nicht außer Acht gelassen werden, wenn die empfohlenen politischen Strategien erfolgreich sein sollen: Finanzen und Emotionen. Die neuen kulturpolitischen Ansätze der extremen Rechten und die neuen Nationalismen im Allgemeinen, wie sie die Autor:innen beschreiben, werden durch kapitalkräftige, gut verbundene Netzwerke umgesetzt – sogar der reichste Mann der Welt ist auf ihrer Seite. Die neuen Formen des Nationalismus, denen wir heute begegnen, sind zudem auf gewisse Weise (immer noch) über eine Art Kameradschaftsgeist miteinander verbunden. Allerdings sind schon erste Brüche zwischen den europäischen Varianten zu beobachten (bemerkenswerterweise hält der französische *Rassemblement National* die deutsche Alternative für Deutschland für zu radikal). Die erste Lektion lautet daher, dass jede Politik, die darauf abzielt, die Kontrolle über das Narrativ zurückzugewinnen, verstehen muss, dass Narrative kostspielig sind. Es bedarf konzertierter gemeinsamer Bemühungen bereits bestehender und neuer transnationaler Netzwerke aus Expert:innen, Aktivist:innen, Politiker:innen und Unternehmen. Die zweite Lektion lautet, dass das neue Narrativ weitaus gefühlsbetonter sein muss. Es braucht einen positiven, zukunftsorientierten Impuls, von dem heute noch nicht viel zu sehen ist.

Nach Arjun Appadurai hat die liberal-demokratische Perspektive den Vorteil, in die Zukunft gerichtet zu sein, während die nationalistische Perspektive nur in die Vergangenheit weise. Leider müssen wir feststellen, dass das Gegenteil der Fall ist. Das internationale Bündnis nationalistischer Kräfte begegnet sich politisch in der gemeinsamen Ablehnung von Migration, Elite, Wokeness, Klimawandel und liberalem Internationalismus, und zwar auf höchst emotionale Weise. Die neuen Nationalismen mögen zwar rückwärtsgerichtet erscheinen, doch sie berufen sich nicht nur aus nostalgischen Erwägungen auf eine fiktionale Vergangenheit. Das tun sie sicherlich auch, doch gleichzeitig spicken sie ihre Aussagen bewusst mit Interpretationen und Erinnerungen an liberal-nationale Narrative, und sie arbeiten zudem an einer Zukunftsvision, in der sie die Deutungshoheit über Frieden und internationale Gerechtigkeit für sich beanspruchen. Genau dieses Fehlen einer umfassenden Zukunftsvision des liberalen Lagers ist besonders alarmierend. Nationalistische Kräfte haben nicht nur eine gemeinsame Vorstellung von der Zukunft ihrer jeweiligen Nationen, sie verfügen auch über eine gemeinsame

europäische Vision und sind aktiv darum bemüht, mit der BRICS+-Initiative das System einer globalen Schatten-Governance zu errichten.

Deutschland muss als angeschlagene, aber noch funktionsfähige liberal-demokratische Gesellschaft und Parteienlandschaft massiv in eine gemeinsame Zukunft für die Welt und in einen eigenen Platz in diesem Gefüge investieren. Dazu können Anheiers und Knudsens unverzichtbare Überlegungen hoffentlich einen inspirierenden Beitrag leisten

## Über die Autor:innen

**Helmut K. Anheier** ist Professor für Soziologie an der Hertie School, deren Präsident er von 2009 bis 2018 war. Er ist außerdem außerordentlicher Professor an der UCLA Luskin School of Public Affairs. Als Autor zahlreicher Publikationen, viele davon in führenden Fachzeitschriften und bei renommierten Universitätsverlagen, hat er mehrere nationale und internationale Auszeichnungen und Preise erhalten. Er promovierte 1986 an der Yale University und war Wissenschaftler am Institute for Policy Studies der Johns Hopkins University, ordentlicher Professor für Public Policy and Social Welfare UCLA, Centennial Professor an der London School of Economics and Political Science (LSE) und Ordinarius für Soziologie an der Universität Heidelberg. Bevor er eine akademische Laufbahn einschlug, war er Referent bei den Vereinten Nationen.

**Edward L. Knudsen** ist Doktorand im Bereich internationale Beziehungen an der Universität Oxford und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hertie School. Seine Forschung konzentriert sich auf die politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte der USA und Europas im 20. Jahrhundert. Zuvor arbeitete er im „US and the Americas Programme“ des Thinktanks Chatham House in London an Projekten, die die Zukunft der transatlantischen Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen untersuchten. Er hat einen Master in Internationaler Politischer Ökonomie von der London School of Economics and Political Science und einen Bachelor-Abschluss mit den Schwerpunkten Geschichte und Wirtschaft von der University of Wisconsin-Madison.

**Sofia Todd-Tombini** ist Research Associate an der Hertie School. Zu ihren bisherigen Projekten mit Professor Helmut K. Anheier zählen das Buch „Gender Equality and the Cultural Economy: Comparative Perspectives“ (Routledge), die Aktualisierung des Indikatorrahmens für Kultur und Demokratie 2024 und der ECP Monitor. Sie hat einen Master in Public Policy von der Hertie School und einen Bachelor in Sozialer Kommunikation von der Universität Brasília.

## Eine Nachricht der Künstlerin

In der Vergangenheit war Nationalismus häufig für Gewalt, unzählige Tote und unermessliche Zerstörung verantwortlich. Sein Vermächtnis lastet schwer auf künftigen Generationen. Gleichzeitig fällt es uns offenbar nicht leicht, uns von seinen Schatten zu befreien, denn der Nationalismus befindet sich erneut im Aufschwung. Das möchte ich mit meinen Bildern zu diesem Bericht zum Ausdruck bringen. Wir wollen den Schatten der Vergangenheit entkommen und uns vom nationalistischen Gedankengut befreien. Doch wir sind gefangen in einem komplizierten Geflecht der bisherigen Ereignisse und einer überwältigend komplexen Gegenwart, in der viele nach einfachen Antworten suchen, um ihrer Zukunft einen Rahmen zu geben.

**Emilia Birlo**

Berlin und Los Angeles

November 2024

## Impressum

Der External Cultural Policy (ECP)-Monitor

Entwickelt von Helmut K. Anheier, Hertie School & UCLA Luskin School of Public Affairs, und ifa Competence Centre. Betreut von Helmut K. Anheier. Koordiniert von Sarah Widmaier für das ifa.

Bevorzugte Zitierweise

Anheier, Helmut K., Edward L. Knudsen, mit Sofia Todd-Tombini (2025). „Die Neuen Nationalismen und die Zukunft der internationalen Kulturbeziehungen: Auswärtige Kulturpolitik im Zeitalter politischer Extreme“, in: Helmut K. Anheier und ifa (Hrsg.). ECP-Monitor. Stuttgart: ifa.

Die geäußerten Ansichten sind die der Autoren und der Autorin und spiegeln nicht unbedingt jene des ifa wider.

**Herausgeber:**

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)  
Charlottenplatz 17  
70173 Stuttgart  
Postfach 10 24 63  
D-70020 Stuttgart

[www.ifa.de](http://www.ifa.de)

© ifa 2025

**Autoren:**

Helmut K. Anheier, Edward L. Knudsen, mit Sofia Todd-Tombini

**Übersetzung:**

Kathrin Haderl

**Grafik:**

© Emilia Birlo

Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0)



**DOI:** <https://doi.org/10.17901/1544>